

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1925

302 (4.7.1925) Morgenausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1.50 M. im Verlag oder in den Zweigstellen abwechselnd 1.40 M. Durch die Post monatlich 2.00 M. Anzahlung 75 %

Badische Presse

Handels-Zeitung

Verbreitetste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Samstag, den 4. Juli 1925.

Gesamtredaktion und Verlag von: Friedrich und August Grieben...

Parteien und Außenpolitik.

Der Vorstoß der Deutschen Volkspartei.

Gegen die Querkreuzereien im deutschnationalen Lager. — Versuch zur Zusammenfassung der Parteien von Sozialdemokraten bis Deutschnationalen.

m. Berlin, 3. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Deutsche Volkspartei hat mit ihrem Vorstoß, der eine Klärung der außenpolitischen Lage gewissermaßen von innen heraus erzielen sollte, Erfolg gehabt...

Um die außenpolitische Aussprache

Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags. — Der Reichstagspräsident soll mit Stresemann in Verbindung treten. — Herr Kölllein als wild gewordener Moskowiler.

m. Berlin, 3. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Tagesordnung des Reichstages war auch am Freitag sehr umfangreich. Neben der Fortführung der Haushaltsberatung stand noch eine Fülle von Kleinzeug zur Debatte...

Neue Erdstöße in Santa Barbara.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.) J.N.S. Santa Barbara, 3. Juli. Santa Barbara wurde wiederum von einem heftigen Erdstoß heimgesucht...

Flucht der Bevölkerung.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.) J.N.S. Santa Barbara, 3. Juli. Die geängstigten Bewohner von Santa Barbara verlassen in Scharen ihre Heimatstadt...

Beginn des Wirtschaftskriegs mit Polen.

Die deutschen Gegenmaßnahmen Erhöhung der Zollsätze. — Die Einfuhrverbote. — Der Verkehr mit Danzig.

* Berlin, 3. Juli. (Funkpruch.) Am 20. Juni 1925 hat die polnische Regierung die bereits angekündigte Verordnung über Einfuhrverbote veröffentlicht...

b) Durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. Juli 1925 wird die Einfuhr einer Anzahl leicht einführbarer Waren polnischer Ursprungs verboten...

Die französische Finanzkrise.

Von unserem Pariser Vertreter Dr. Friedrich Hirth.

Paris, 29. Juni.

Das Finanzproblem war in Frankreich seit Beendigung des Krieges niemals ernstlich in Angriff genommen worden. Nichts war geschehen, um die schweren Fragen zu lösen, die die Kriegsführung veranlaßt hatte...

Unbehaglich wurde die Situation schon unter Herriot dadurch, daß die Kapitalverrechnungen der Nationalanleihe, von denen seit 1917 mehr als 60 Milliarden ausgegeben worden waren, von den Besitzern ständig zur Einlösung präsentiert und nicht mehr erneuert wurden...

Reihen der eigenen Mehrheit. Man kann es den Sozialisten nicht verübeln, daß sie mit Rücksicht auf ihre aus der Arbeiterkraft und dem Kleinbürgertum stammenden Wählerkreise gegen jede Steuererhöhung sind, soweit diese nicht die bestehenden Klassen trifft. Aber die Sozialisten sind sich selbst im Klaren darüber, daß ihr Projekt nach Einführung einer Kapitalabgabe keine Aussicht auf Annahme habe. Schließlich läuft dieser Vorschlag nach dem eigenen Geständnis seiner Verfasser darauf hinaus, eine Anzahl neuer Besitztümern einzuführen, die erst in einer Reihe von Jahren bezahlt werden sollen. Schon aus diesem Grunde könnte es in diesem Augenblick, da der Finanzminister unaufschiebbar die Fälligkeiten Rechnung tragen muß, diesem keinerlei Erleichterungen gewähren und er müßte unbedingt zu einer zeitweiligen Steigerung des Banknotenumschlags oder zu einer Neuausgabe einer Anleihe oder zu beiden Maßnahmen gleichzeitig schreiten. Die Sozialisten erklärten in der durch 2 Monate hinter den Kulissen geführten Debatte daß sie nur einem Plane zustimmen könnten der „eine dauernde finanzielle Gesundung“ gewährleisten. Dies ist nichts anderes als ein billiges Schlagwort, hinter dem eigentlich nichts steckt und das nur dazu bestimmt scheint, die Oberflächlichkeit der finanzpolitischen Anschauungen der Sozialisten zu verhüllen. Aus rein politischen Gründen lehnten sie es ab, sich zur Annahme von Steuererhöhungen zu verpflichten, weil diese für den Gesamtgesundungsplan aufgespart werden sollten, womit dem Finanzminister nicht gebietet ist, der sofort Geld braucht und nicht warten kann, bis irgend ein einstweilen noch sehr nebelhaftes Kassenprojekt ausgeheckt, durchberaten und bewilligt worden wäre. Eines erreichten die Sozialisten mit ihren ständigen Einsprüchen gegen die ursprünglichen Finanzpläne von Caillaux, daß dieser sich gezwungen sah, darauf zu verzichten, sich das Geld, das er braucht durch einen Ueberschuß im Budget zu verschaffen und daß er zur Inflation und zur Anleihebegebung schreiten mußte.

Es ist gar kein Zweifel, daß die beiden Maßnahmen, die jetzt in Frankreich beschlossen wurden, eine ungünstige Wirkung auf den Franckurs ausüben müssen. Aber das sei offen zugegeben, daß die Steigerung des Banknotenumschlags hier niemanden erschreckt, weil man sich sagt, daß 6 Milliarden Papierfranc bei einem Jahresumsatz von 35 Milliarden und bei einem Banknotenumschlag von 44 Milliarden nicht sehr bedeutungsvoll erscheinen. Dies ist vor allem die Anschauung, der in der „Revue Politique et Parlementaire“ Professor Aliz Ausdruck gibt, der, wie man sich erinnern wird, Mitglied des Sachverständigenausschusses war, der den Damesplan ausarbeitete. Aliz galt damals als besonderer Vertrauensmann Poincarés, der sich betanlich über die deutsche Inflation und die angebliche Kapitalflucht nicht genug entrißten konnte. Es wäre missenswert, ob Aliz bei den Beratungen über den Damesplan diesen Anschauungen Poincarés Ausdruck gab. Für Frankreich erscheint ihm die Inflation jedenfalls unbedenklich, und daß eine Kapitalabwanderung im größten Maße stattfindet, gibt er unumwunden zu. Caillaux hofft allerdings, daß sein Rückwärtswandern der Kapitalisten beitragen werde, ein Optimismus, um den man ihn beneiden möchte. Wahrscheinlicher ist, daß, solange die Stabilisierung des Franc nicht erfolgt, auch mit der Rückkehr der französischen Kapitalisten nicht geredet werden kann. Denn darin scheint das Hauptproblem der ganzen französischen Finanzkrise zu liegen, daß die Währung nicht stabilisiert ist. Der Finanzminister mag noch so hohe Steuern einführen: Sie werden immer wirkungslos bleiben, wenn sie in sich selbst mehr entwerteten Francs befaßt werden. Die Hauptfrage des Finanzministers geht denn auch dahin, die Vorbedingungen zu schaffen, die eine große Anleihe ermöglichen könnten, die aber nur zustande kommen kann, wenn die Franzosen selbst und das Ausland das Vertrauen in den Franc zurückgewonnen haben werden. Caillaux möchte, um die Stabilisierung des Franc anzubahnen, zunächst der Spekulation einen Riegel vorschieben, was aber wahrscheinlich kein durchgreifendes Mittel sein wird. Dann aber möchte er die Währungsreform schaffen, und er ist, wie ich ver sichern kann, überzeugt, daß Frankreich in der Lage wäre, sie ohne fremde Hilfe und mit eigenen Mitteln durchzuführen. Der Vorberathung dieses Projekts soll der Sommer gewidmet werden, und im Herbst soll zu der Währungsreform als der dringlichsten Aufgabe geschrieben werden, damit dann die Anleihe in Amerika aufgenommen werden könnte, durch welche die inneren Schulden Frankreichs in der Höhe von rund 280 Milliarden konsolidiert werden sollen.

Annahme des Budgets in der Kammer.

U. Paris, 3. Juli. (Drahtbericht.) Die Nachtigung der Kammer dauerte bis 1/2 Uhr morgens. Sie endete mit der Annahme des Budgets mit 410 gegen 31 Stimmen. Die Einnahmen sind veranschlagt mit 33 175 239 980 Franken, die Ausgaben mit 33 163 324 418 Franken und der Ueberschuß mit 5 315 600 Franken. Caillaux wird am nächsten Donnerstag dem Senat das Budget vorlegen, sodas vor Zulassung des Parlaments das Budget vom Senat angenommen sein wird.

Das entseffelte Theater.

Von
Max von Millenkovich-Morold.

Im Wiener Raimund-Theater spielt jetzt Alexander Tairoff mit seinen Moskauer Künstlern. Russische Bühnenkunst war in Wien immer ein Gegenstand anhänglicher Bewunderung. Sie war Stimmungspunkt, wie man sie auch sonst überall erstrebte, nirgends aber so vollkommen erreichte. Eine Kunst, die alles Künstliche (so sehr es im technischen Sinne vorhanden war) abgestreift zu haben schien, die völlig als Natur, als zauberhaft gesteigerte Natur wirkte und diese Wirklichkeit der „Natürlichkeit“ ausschließlich in den Dienst der Dichtung, des poetischen Gedankens, des dramatischen Vorganges stellte, die auf solche Art seine letzten Tiefen erschloß und eine ungeahnte, unergreifliche Wirkung übte. Im Mittelpunkt dieser Kunst stand der Darsteller, der Schauspieler, der menschliche Träger des Gedankens und der Handlung. Er konnte sich aber nur deshalb so schöpferisch ausleben und mit dem scheinbar geringsten Kraftaufwand so eindringlich gestalten, weil auch der ganze Umkreis der Bühne, alles auf ihr Sichtbare und Hörbare, die Kostüme, die Dekorationen die Beleuchtung, die Geräusche hinter der Szene, das lächelnde Zueinanderstreifen alles dessen, was man „Regie“ nennt, von demselben Geiste zu gleichem Zwecke bis ins Kleinste durchdringt und einheitlich gefolgt und zusammengefaßt war. So entstand ein Hörschauspiel, eine Trümmer- und Splitter der berühmten Troupe Stanislawski, die nach dem Kriege zu uns kamen, zeigten ihre große Liebertreue und deren Fruchtbarkeit für immer neue Versuche und Spielformen. Inzwischen war jedoch der Bolschewismus in Russland heraufgekommen und mit den alten Mächten führte auch das überlebte Theater. Eine neue, alles Frühere verneinende Bühnenkunst bestieg den verwaisten Thron. Moskau blieb die Hauptstadt. Aber an Stelle von Stanislawski, „Moskauer Künstlertheater“ trat Tairoffs „Moskauer Kammertheater“, und die Darstellungsweise, die dort gepflegt wird, nennt sich mit bolschewistischen Stolz: Das entseffelte Theater.

Was ist damit gesagt? Alle die Hilfen, die früher der Schauspieler in der ihn umgebenden „illusionistischen“ Gesamtkunst hatte, werden nur als Fesseln empfunden und verworfen. Der Schauspieler allein soll herrschen, und so gibt es, um nur bei dem Sinnfälligen zu bleiben, keine gemalten Dekorationen, aber auch keine Stühlbühne, überhaupt keine Raumgestaltung, sondern der Schauspieler selbst muß durch seine ungestörte Bewegung den Raum darstellen und aus dem Sinnbildliche des Raumes, Erhöhung und Erniedrigung, Annäherung und Entfernung, Zusammengehörigkeit und Entzweiung, zum Ausdruck bringen. Damit er es kann, muß er in allen Gaudelien des Zirkus der Tänzer, Turner, Seilkünstler und Schlangenmenschen wohlgeübt sein, und bedient er sich eines Gerätes von Stangen, Leitern, Treppen, Schiefen und geraden Ebenen, felt oder beweglich, die je nach Erfordernis eine Kirche oder ein Kaffeehaus, einen Feispaal oder ein Gefängnis, Säulen und Wände, Tische und Bänke nicht so

Coolidge's Ratsschläge für Europa

Der Schiedsgerichtsgedanken die einzige Rettung. Für einen Frieden der Gerechtigkeit.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.)

J.N.S. Cambridge (Massachusetts), 3. Juli. Präsident Coolidge hielt anlässlich der 150. Wiederkehr des Tages, an dem George Washington den Oberbefehl über die Armee übernahm, vor etwa 200 000 Zuhörern eine lange Rede, in der er eine Auswanderung für Europa aus dem Leben Washingtons zog. Die finanzielle und wirtschaftliche Rettung der alten Welt, so führte Coolidge aus, liege in dem Schiedsgerichtsgedanken und der Annahme einer schiedsgerichtlichen Entscheidung, die basiert ist, auf gegenseitiger Rücksicht und gegenseitigen Beweisen des guten Willens. Wenn die Völker der alten Welt einander misstrauen, so müßten sie einen Vertrag schließen, der ihnen gegenseitige Sicherheit gibt. Die Welt habe es mit einem Krieg versucht und habe dabei ein völliges Fiasko erlitten. Die Hoffnung auf eine Besserung liege begründet in einem Frieden der Gerechtigkeit.

Obwohl Coolidge wieder den Standpunkt der Vereinigten Staaten betonte, „sich von bindenden Allianzen mit fremden Mächten fernzuhalten“, versprach er auf der anderen Seite Amerikas vollste moralische Unterstützung für die Durchführung der Verträge, der Wiederherstellung internationaler Achtung und internationalen Vertrauens.

Die Rede Coolidge wurde durch Radio im ganzen Land verbreitet, sodas man schätzt, daß gegen 10 Millionen Menschen seine Worte hörten.

Polen in Zahlungsschwierigkeiten.

F. H. Paris, 3. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der „Matin“ erklärt, daß der frühere Handelsminister Ragnald mit einer wichtigen kommerziellen Mission in Russland offiziell beauftragt worden sei und demnächst dorthin abreisen werde.

Dem Berliner Berichterstatter des „Journal“ zufolge besteht der Reisezweck des polnischen Außenministers in die Vereinigten Staaten nicht darin, dort Vorträge zu halten, sondern die Schwierigkeiten zu schildern, die Polen empfindet, um die zweite Rate zu bezahlen, die von der 50 Millionenanleihe fällig wurden, die die Vereinigten Staaten Polen gewährt haben. Der polnische Gesandte in Washington, der bereits in Warschau eintraf, wird nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren.

Drahtlose Telegraphie von Schiff zu Schiff.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.)

J.N.S. New York, 3. Juli. Der Nordd. Lloyd-Dampfer „Columbus“, der heute hier anlangt, hat unterwegs erfolgreiche Versuche mit drahtloser Telegraphie von Schiff zu Schiff gemacht. Es wurden Unterhaltungen mit dem Sapag-Dampfer „Deutschland“ geführt, während die Schiffe etwa 150 Seemeilen von einander entfernt waren. Die Apparate stehen unter Kontrolle der Funkkompagnie in Deutschland.

Das Moskauer Justizverbrechen.

Einmütiger Protest der Berliner Presse.

U. Berlin, 3. Juli. (Drahtbericht.) Zu dem Moskauer Todesurteil gegen die drei deutschen Studenten nehmen die Berliner Tagesblätter in einmütiger Protest Stellung. Was das Moskauer Gericht getan hat, so schreibt der „Kölnischer Anzeiger“ ist nichts anderes als ein struppeliger Justizmord. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie alles tut, um das beabsichtigte Verbrechen nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Die „deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß unter Führung Englands eine große Bewegung im Gange ist, die möglicherweise auf der Grundlage des Völkerbundes gegen Sowjetrußland einschreiten und vielleicht sogar zum großen Zusammenstoß gegen dieses Land sammeln will. Deutschlands Haltung werde hierbei von entscheidender Bedeutung sein. Das Blatt fragt, ob man in Moskau die Vorliebe für eine Diskriminierung oder auch nur für eine Unparteilichkeit Deutschlands durch derartige Methoden zu stärken glaubt. Die „Kreuzzeitung“ stellt fest, daß es sich nicht um die „Abwehr eines Angriffes“ auf die Sicherheit der „russischen Sowjetregierung“ handelt, sondern um einen groß angelegten Vorstoß gegen die „kapitalistische Bourgeoisie“. Das „Berliner Tageblatt“ erklärt, daß es mit Protesten nicht getan sei. Es bestrebt sich in Deutschland Einigkeit darüber, daß sich Rußland durch ein solches Verbrechen außerhalb des Kreises verhandlungsfähiger Staaten stellt. Der „Vorwärts“ endlich polemisiert scharf gegen die kommunistischen Methoden.

Der bayerische Landtag und der Raubbau am Pfälzer Wald.

Um die Schadenersatzpflicht.

München, 3. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Im Haushaltsausschuß des Landtages fand heute eine erregte Debatte über die Verwüstungen im Pfälzer Wald statt. Ein pfälzischer Antrag verlangt, daß die durch deutsche Holzfirmen von der französischen Fortregie getätigten Holzkäufe für rechtswidrig erklärt und die deutschen Firmen zum Schadenersatz verpflichtet werden. Der deutsch-nationale Abgeordnete Prieger wies darauf hin, daß eine Ungültigkeitserklärung dieser Holzkäufe von deutschen Firmen nicht durch den Landtag, sondern nur durch die ordentlichen Gerichte erfolgen könne. Verschiedene Abgeordnete stimmten darin überein, daß ein Raub am Pfälzer Wald vorliege. In scharfen Worten wurde das Verhalten der Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die Verträge hinaus Holz geschlagen, und die Firma Himmelsbach A.-G., die es mit dem Eintrieb fürchtete eilig gehandelt habe, um sich das Holz zu sichern, bevor die pfälzischen Wäldungen wieder in deutsche Verwaltung übergingen, durch verschiedene Abgeordnete gebrandmarkt. Finanzminister Dr. Krausnek erklärte, anfangs April 1924, auf Pressenachrichten hin, habe die bayerische Regierung eine Warnung an die Firmen geschickt. Die Firmen hätten sich daran nicht gehalten. Sie hätten sogar über die

Pforzheimer Brief.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

10. Pforzheim, 29. Juni.

Pforzheim wird heute nur von einem Gedanken beherrscht, dem Kampfkampf in der Schmiedewarenindustrie, alles andere tritt dagegen in den Hintergrund. Die Arbeitgeber haben bekanntlich, um die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches unmöglich zu machen, am Freitag der vergangenen Woche der Arbeiterschaft gelündigt, zumal inzwischen von Seiten der Arbeiter die Verbindlichkeitserklärung beantragt worden ist. In der Begründung, die der Schlichter zu dem letztgangenen Schiedspruch, der eine 20prozentige Lohnerhöhung vorschlug, gegeben hat, ist das Gegenteil von dem enthalten, was er 14 Tage vorher gesagt hat, als man eine 5prozentige Lohnerhöhung für angemessen hielt. Damals sagte er, daß mehr als eine 5prozentige Erhöhung für die Pforzheimer Industrie nicht tragbar sei, und jetzt willigt er 20 Proz. Er rückt dabei in den Vordergrund, daß „allenfalls Streikstimmung herrscht“. In Pforzheim sind die Verhältnisse infolgedessen besonders gelagert, als etwa 90 Proz. der über 25 Jahre alten Arbeiter über Tarif bezahlt sind, wenn auch ein großer Teil davon nur wenig darüber kommt. Wie sehr man sich vom geraden Wege hinweg bewegt, zeigt ein Vorkommnis in einer Zwickelfabrik, wo die Arbeiterschaft die Überstunden verweigert hat mit der Begründung, daß sie mit 63 Pfg. Stundenlohn nicht leben könne. Dabei hatte in dieser Fabrik keiner der Arbeiter unter 90 Pfg. Stundenlohn. Wenn die Lohngestaltung in der Pforzheimer Industrie eine ganz besondere ist, so liegt dies in den Verhältnissen begründet. Hier handelt es sich eben um eine Luxusindustrie, bei der jede Belastung auf die Wirtschaftlichkeit wirkt, und hier kommt vor allen Dingen der Weltmarkt in Frage, auf dem wir nicht mehr konkurrenzfähig sind. Wie es mit den „großen“ Verdiensten in unserer Industrie aussieht, zeigen am deutlichsten die Bilanzen der großen Aktiengesellschaften. Wenn eine Firma 5 Proz. Dividende und eine andere 10 Proz. verteilen kann, dann kann man nicht gut von großen Verdiensten reden, denn jedes Kapital, das man heute ausleiht, ohne irgend welches Risiko und ohne jede persönliche Arbeit, trägt höhere Zinsen. Dazu kommt noch, daß heute Bankkredite nicht zu haben sind und auch das Ausland unserer Wirtschaft weitere Kredite nicht mehr geben will, was bereits von Amerika zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Verhältnisse liegen bei den Industrie, die durch hohe Zölle geschützt sind, insofern besser, als sie die Auslandskonkurrenz in der Preisbildung nicht zu fürchten haben, doch erleiden auch sie mit der Zeit Substanzverluste, weil die Gelder durch die Zahlungsziele entwertet werden. Das Grundübel sind nach wie vor die ungeheuren Steuerlasten, die auf unserer Industrie liegen. Die Pforzheimer Bijouterieindustrie hatte beispielsweise vor dem Kriege auf 100 Mark Wöhe etwa 3.43 Mark Steuerlasten, im Jahre 1924 kamen auf 100 Mark Wöhe 45.80 Mark Steuern, also das 13fache und heute wo die Steuern für 1925 noch nicht alle festgesetzt sind, ist man auch schon bei dem 6fachen. Vor dem Kriege war die Steuerbelastung des Umsatzes 3,21 Proz., heute ist sie 15,41 Proz. Das sind Zahlen, die zu denken geben. Mit dem Abbau der Steuern müssen sich die Lebenshaltungskosten von selbst senken. Hier liegt die Wurzel alles Übels. Wenn man in Pforzheim immer wieder die Gelder zum Jahrlauf zusammengebracht hat, so geschieht dies vielfach auf Kosten der Substanz, denn Gold und Silber sind Rohstoffe, die in Geld umgewandelt werden können. Wenn sie aufgebraucht sind, was dann? Man wirft den Pforzheimer Fabrikanten vor, daß sie immer noch Autos besitzen, daher viel verdienen müssen. Man ist sich aber nicht darüber klar, unter welchen Umständen diese Autos vielfach gehalten werden, nur um die Repräsentationspflichten den ausländischen Einkäufern gegenüber erfüllen zu können.

Das sind Fragen, die gerade in der Pforzheimer Industrie eine eigenartige Lagerung der Dinge schaffen und die Berücksichtigung verdienen, wenn man einen Schiedspruch fällen will. Es ist deshalb tief bedauerlich, daß man bis heute noch nicht einen Schlichter bestellt hat, der die Pforzheimer Verhältnisse kennt, sondern Herren dazu nimmt, deren Urteil wohl bei anderen Industrien zureichend sein mag, bei der, wie gesagt ganz besonders gelagerten Bijouterieindustrie aber nicht. Hoffentlich gelingt es bei beiderseitigem guten Willen, die Wollen, die sich am wirtschaftlichen Horizont Pforzheims drohend zusammengeballt haben, doch noch in letzter Stunde zu zerstreuen, denn letzten Endes ziehen doch Arbeiter, wie Unternehmer an ein und demselben Strick.

Der Landtagswahltermin.

Doch trennen uns gut drei Monate von dem Oktobersonntag, an dem das badische Volk den neuen Landtag wählt, und bereits legt das wacklige Ritzelrathen, das noch vor jeder Landtagswahl in die Erscheinung getreten ist, über den Zeitpunkt des Wahltages ein. Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Mannheim nannte schon vor mehreren Wochen als solchen den 10. Oktober. Dieser Tag kommt aber in doppelter Hinsicht nicht in Frage: erstens ist er ein Samstag und nach der badischen Verfassung wird nur an Sonntagen gewählt. Zweitens wäre dieser Zeitpunkt zu früh, denn der alte Landtag geht wahrscheinlich erst am 7. oder 8. August nach Hause. Dann wollen die Abgeordneten zunächst den wohlverdienten Erholungsurlaub genießen. Vor Mitte September kann daher und auch aus anderen Gründen die Wahltagung nicht gut einlehen. Richtig ist, daß man beabsichtigt, den Wahltermin möglichst frühzeitig anzudeutern, aber der 11. Oktober ist zu früh. Der nächste Sonntag wäre dann der 18. Oktober. In diesem Tage ist aber das allgemeine Kirchweihfest, das man nicht zum Wahltag machen kann. So bleibt nur der nächstfolgende Sonntag und das ist der 25. Oktober. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieser als Wahltag genommen werden, doch ist hierüber noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden.

Δ Durlach, 30. Juni. (Naturtheater Lersberg Durlach.) Am vergangenen Sonntag gab man, wie bereits in einer kurzen Vorbesprechung dargelegt wurde, im Naturtheater auf dem Lersberg in Durlach das Birch-Pfeiffer'sche Schauspiel „Dorf und Stadt“. Wenn das Stück auch in unserer heutigen Zeit als etwas veraltet gelten mag, so hatte es doch, nach seiner wirklich guten Wiedergabe, ein zahlreiches Publikum nach dem Lersberg gelockt. Die Hauptrollen des netten, schwächlichen Lindenwirtschters Leins Lorle und des etwas leistungsfähigen, aber zum Schluß doch auf den rechten Weg zurückzufindenden Malers Reinhard lagen in den bewährten Händen von Frä. Wilma Felsner-Karlsruhe und des Herrn Gustav Kidel. Frä. Felsner verstand es, das natürliche, unverdorrene Bauernkind in seinem Heimatsdialekt, wie auch bei den Szenen in der Stadt wahrheitsgetreu zu gestalten und entzückte durch ihre liebliche, die Herzen gewinnende Art, die sich im Schlußakte zu einem äußerst wirkungsvollen dramatischem Höhepunkt steigerte. Die Leistung ist um so mehr anzuerkennen, da die Rolle des Lorle von Frä. Felsner erst in letzter Stunde übernommen wurde. Herr Kidel gab einen vorzüglich aussehenden und spielenden Maler, der nach weiterem Eindringen in die Rolle, diese nur noch vertiefen kann. Einen biedereren Lindenwirt stellte Herr Karl Mecher auf die Bühne, wenn auch sein Schwabendialekt manchmal naturgetreuer klingen dürfte. Er führte gleichzeitig eine anerkennenswerte Regie und gewährleistete damit ein flottes, frisches Spiel. Ein Rabinettstückchen zwecks erfüllenderen Humors war der Christof Balder des Herrn Walz, der im Besonderen in seinen Solobühnen glänzen konnte, wobei er äußerst wirksam unterstützt wurde durch die glaubwürdige dargestellte Bärdel der Frau Anni Tonidorf, die auch dem Lorle eine treue Waise war. Die übrigen Künstler, wie Frä. Hella Saltern als durch glänzende Garderobe ausgezeichnete Gräfin von Ehed, Herr Rudi Mascher als schneidiger, allerdings etwas unwillkürlicher Hauptmann

Die Eisenbahnkatastrophe bei Rot-Malsch vor Gericht

2 1/2 Jahre Gefängnis für den Schrankenwärter Dammerl.

W. Heidelberg, 3. Juli. (Drahtbericht unseres Berichterstatters.)

Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde heute gegen den 43 Jahre alten Hilfsbahnwärter Gregor Dammerl aus Kronau bei Bruchsal wegen fahrlässiger Tötung, wegen Körperverletzung und wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports verhandelt. Der Angeklagte ist jener Schrankenwärter, der es am 10. Mai gegen 1/8 Uhr abends unterließ, die Schranken am Eisenbahnübergang Rot-Malsch zu schließen, wodurch der Schnellzug Heidelberg-Karlsruhe dort auf den gerade über das Gleis fahrenden Kraftwagenanhänger des Gelangvereins „Frohinn“ aus Malsch auf fuhr. Bei dem Unglück, über das wir seinerzeit ausführlich berichteten, wurden bekanntlich 11 Personen getötet und 6 erheblich verletzt. Einige der Verletzten werden zeitweilen an ihren Verwundungen zu tragen haben.

Der Sitzungsaal war stark gefüllt, besonders auch von Besuchern aus Malsch und Umgegend. Zur Verhandlung waren 12 Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Der Angeklagte sah ruhig und gebrüht auf der Anklagebank und machte den Eindruck eines Mannes, dem das Unglück selbst außerordentlich schwer getroffen hat.

Am 9 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Meindl, die Verhandlung, verlas den Eröffnungsbeschluss und stellte die Personalien des Angeklagten fest. Dammerl ist aus Kronau gebürtig, war vor dem Kriege Zigarettenmacher, hat am Kriege als Sanitäter teilgenommen und ist nach seiner Rückkehr bei der Reichsbahn als Streckenwärter eingetreten. Später kam er auf Schrankenwärtersdienste. In Rot-Malsch war er seit August 1924 als Hilfs-Schrankenwärter beschäftigt.

Der Vorsitzende beiprucht zunächst mit Dammerl die Dienstordnung und die strengen Vorschriften über die Tätigkeit auf den Bahnübergängen, die es zur Pflicht machen, daß der Schrankenwärter jeweils 15 Minuten vor Anfuhr des Zuges zur Stelle ist und die Schranken stets richtig zu schließen hat und zwar bei einem Schnellzug früher als bei einem Personenzug.

Die Angaben des Angeklagten.

Dammerl teilte auf Befragen mit, daß er am Sonntag, den 10. Mai d. Js., vormittags als Sänger und Mitglied des Kronauer Gesangsvereins an dem Sängersfest in St. Leon teilgenommen habe. Er sei vormittags dort gewesen und nachmittags noch einmal dorthin zurückgekehrt. Gegen Abend sei er wieder nach Hause gefahren, um noch eine Stunde zu schlafen, da er am Morgen bis 6 Uhr Nachtdienst gehabt habe, wie er auch schon einige Male vorher Nachtdienst habe tun müssen. Er sei dann nach dem Abendessen um 1/2 Uhr an seine Dienststelle gekommen, nachdem er schon vorher seinen Vertreter gebeten hatte, etwas länger zu verbleiben, da er vielleicht durch die Teilnahme am Sängersfest sich verspäten könnte. Er habe dann einen Personenzug durchgelassen und als er hierauf in der in der Nähe gelegenen Gastwirtschaft „Schnadenhütte“ den Gesang des Männergesangsvereins „Frohinn“ aus Malsch vernommen habe, der sich beim Fest in St. Leon einen Preis geholt und hier auf kurzer Fahrt unterwegs noch einmal sein Preislied vorgetragen habe, da sei er hinübergegangen, um zuzuhören. Er habe dabei wahrheitsgemäß das Abzeichen des Schnellzuges durch Glodensignale überhört und den Zug völlig vergessen. Er habe mit einem Bekannten sich eine Zeit lang unterhalten und hierbei sei ihm plötzlich der Schnellzug wieder eingefallen. Er sei zum Wärtershaus zurückgesprungen und habe erkannt, daß das Signal bereits auf „Freie Fahrt“ stand. In diesem Augenblick sei der Kraftwagen mit einem Anhänger, auf dem die Malscher Sänger zurückgekehrt waren, mit anderen Fahrgästen aus Malsch wieder abgefahren und bereits auf dem Bahnkörper gefahren. Und nun habe er auch schon den Schnellzug herankommen hören, der Warnungssignale gegeben habe. Er (Dammerl) habe in seiner Erregung noch schnell die Schranken geschlossen, obgleich das jetzt ganz zwecklos gewesen sei. So sei denn das jährliche Unglück geschehen, dessen genauen Vorgang er in seiner Aufregung nicht einmal beobachtet habe. Da sich die aufgeregte Menge gegen ihn gewandt habe, sei er davongelaufen, doch habe man ihn bald nachher verhaftet.

Der Angeklagte gab alles zu, doch betonte der Staatsanwalt später, daß ihm gegenüber Dammerl vorher zugegeben habe, er habe das Abläutesignal des Zuges gehört und sich dabei gedacht, es sei ja doch nicht so eilig, da bis zur Durchfahrt noch immerhin etwa 10 Minuten vergehen würden.

Zeugen und Sachverständige.

Es begann hierauf die Vernehmung der 12 Zeugen und der beiden zur Verhandlung geladenen Sachverständigen. Die Zeugen schilderten zum Teil den Hergang des Unglücks in allen Einzelheiten, die ja im wesentlichen noch bekannt sind; im übrigen gaben die Zeugen dem Angeklagten Dammerl ein außerordentlich gutes Zeugniszeugnis. Dammerl sei sehr zuverlässig und solide gewesen. Alkohol habe er stets sehr wenig genossen. Der Lokomotivführer des Schnellzuges sagte aus, er habe aus einer Entfernung von reichlich 200 Metern gesehen, daß noch ein Radfahrer das Gleis überquert habe. Das habe ihn stutzig gemacht und er habe sowohl den Dampf abgestellt, wie auch sogleich das Pfeifensignal als Warnung gezogen. Zum Bremsen habe er aber darin noch

keinen Anlaß gesehen, denn es komme leider sehr oft vor, daß irgendwo ein Schrankenwärter noch im letzten Augenblick jemand durch die geschlossenen Schranken hindurchlasse, wie es auch oft vorkomme, daß das Publikum selbst die Schranken öffne, um noch im letzten Augenblick über die Gleise zu laufen. 100 Meter vor dem Uebergang, vielleicht auch etwas weniger, habe er dann auch den Kraftwagen über die Gleisanlage kommen sehen und sich nun sagen müssen, daß etwas nicht in Ordnung sei. Er habe sofort mit aller Kraft gebremst, aber bei einer Geschwindigkeit von etwa 85 Kilometer, wie sie der Schnellzug gehabt habe, sei ein Zug nur auf größere Entfernung zum Stehen zu bringen und so sei dann das Unglück gekommen. Selbst wenn er am Anfang schon gebremst hätte, als er den Radfahrer gesehen habe, hätte das Unglück wahrscheinlich nicht mehr verhindert werden können. Der Lokomotivführer schilderte dann weiter, wann der Zug hielt und wie die Getöteten und Verletzten von der Lokomotive entfernt wurden.

Der als Sachverständiger vernommene Vorstand der Eisenbahnbetriebsinspektion Heidelberg sagte aus, der Schnellzug sei in Heidelberg pünktlich abgefahren, habe aber dann unterwegs einige Verspätung erlitten, weil bei Wiesloch damals eine Baustelle war, die nur mit 20 Kilometern gefahren werden durfte. Der Zug habe durchschnittlich 70-80 Kilometer Fahrgeschwindigkeit, die aber bei Verspätung teilweise um 10 Prozent erhöht werden darf. Der Zug sei richtig um 7 Uhr 29 Minuten in Rot-Malsch abgeläutert worden und habe neun Minuten später die Station passiert.

In dem weiteren Verlauf der Verhandlung wurde besprochen, ob der diensthabende Beamte der Station Rot-Malsch das Nichtschließen der Schranken hätte bemerken können. Dies wurde jedoch als unmöglich bezeichnet, da die Sicht zum Zugübergang hin nicht frei ist, und außerdem wurde festgestellt, daß es auch nicht zu den Obliegenheiten der Stationsbeamten gehört, den Schrankenstich nachzuprüfen. Ebenso wenig könne der Lastwagenführer eine Schuld treffen.

Der Staatsanwalt ging in seinem Plaidoyer hierauf noch ganz besonders ein. Er betonte, daß der Kraftwagenführer und die Bevölkerung durchaus der Annahme hätten sein müssen, daß alles in Ordnung sei. Auch den Lokomotivführer und den Stationsbeamten träfe nicht die allergeringste Schuld. Die Schuld habe vielmehr ganz allein der Angeklagte. Der Staatsanwalt bemerkte, es wäre wohl besser gewesen, wenn Dammerl sich von seinem Nachtdienst zu Hause ausgeruht hätte, anstatt an einem der jetzt überhand nehmenden Sängersfeste teilzunehmen. Sicherlich habe ihn das alles beeinflusst, selbst, wenn er nicht viel Bier und Wein getrunken habe, und außerdem sei er schon eine halbe Stunde später im seinen Dienst gekommen. Dammerl habe auf das größte seine Pflicht verletzt und auf seine Schuld allein sei das große Unglück zurückzuführen, das für den Ort Malsch einen „schwarzen Tag“ bedeute. Leider kämen solche Pflichtverletzungen jetzt öfters vor, wie die Meldungen von Unfällen ähnlicher Art zeigten. Deshalb müsse hier einmal dargelegt werden, welche Verantwortung auf einem Schrankenwärter ruht und welche Folge Pflichtvergessenheit haben kann. Er wolle nicht die Höchststrafe, die fünf Jahre betragen würde, für den Angeklagten beantragen, da dieser sonst den besten Leumund habe, aber er halte doch eine Gefängnisstrafe von drei Jahren für angemessen. Der Angeklagte brach in Schreien aus, als er dieses hohe Strafmaß aus dem Munde des Staatsanwalts vernahm.

Der Verteidiger meinte, man müsse nicht an die Größe des Unglücks denken, wenn man das Strafmaß festlegen wolle, sondern daran, daß nur ein kleines Versehen den ganzen tragischen Vorfall hervorgerufen habe. Eine Mißbilligung liege jenes Ereignisses nicht vor. Er bat, den Fall milde anzusehen und auf eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als 12 Monaten für den Angeklagten zu erkennen.

Das Urteil

des Schöffengerichts, daß nach kaum einhalbstündiger Beratung des Gerichtshofes gefaßt wurde, lautet auf

2 Jahre 6 Monate Gefängnis

unter Anrechnung von acht Wochen Untersuchungshaft. In der Begründung wurde ausgeführt, daß wohl selten ein Fall vorliege könne, in dem die Schuldfrage so deutlich geläutert sei wie hier. Auf den Angeklagten allein falle einwandfrei die ganze Schuld und er habe dies auch unumwunden zugestanden. Er habe die ihm durch den Dienst auferlegte Pflicht schwer verletzt und dadurch nicht nur den Tod von 11 Menschen hervorgerufen, sondern auch den Schnellzug aufs stärkste gefährdet, denn nur einige Sekunden früher wäre die Lokomotive auf den Motorwagen aufgefahren und dies würde wahrscheinlich die Entgleisung des Zuges, auf jeden Fall aber die Verhängung einer viel größeren Zahl von Menschenleben herbeigeführt haben. Milderungsgründe lägen nicht vor und bei der Erwägung der Strafe habe das Gericht an die Riesengröße dieses Unglücks denken müssen. Aber, daß der Angeklagte alles offen zugegeben und im übrigen noch nicht den geringsten Tadel auf sich gelassen habe, könne für ihn vielleicht später ins Gewicht fallen.

Der Angeklagte nahm das Urteil gebrüht, aber gefaßt entgegen.

von Belgern, sowie Herr Hans Rottler als in Zivil erscheinender Leutnant von Werden dürfen sich mit einem Paßschallock für ihr gutes Spiel begnügen. Herr Georg Sertel verließ dem weltunterfahrenen Biographen Reichsmeyer eine distrierte Darstellung; ihm gebührt auch noch eine besondere Anerkennung für die reiche, treffende Uebersetzung der Rolle des Fürsten, die er glänzend und durchführte. Allen Freunden einer unterhaltenen heiteren Bühnenkunst an einem herrlichen Sonntagnachmittag kann das Naturtheater auf dem Lersberg nur angelegentlich empfehlen werden.

Heidelberg, 3. Juli. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung n. a. beschloffen, daß bei der Reichsbahndirektion und der Polizeidirektion Heidelberg auf baldige Beseitigung der unhaltbaren Zustände am Karlsruherübergang gedrängt werden soll. Ferner soll die Reichsbahndirektion in einer Eingabe um Beibehaltung der seitherigen Führung der D-3-Jüge Frankfurt-Basel nachdrücklich gebeten werden. Für die vom Reichsarbeitsministerium geplante Errichtung einer Kinderheilstätte in Daus leitete die Stadt einen Beitrag von 3000 Mark. — Der bedeutende Mediziner der Heidelberger Universität und Direktor der Medizinischen Klinik, Geheimrat Professor Dr. med. Rudolf Krehl, hat den Orden „Pour le mérite“ für Kunst und Wissenschaft erhalten. — Ein 19-jähriges Mädchen aus dem Pfaffengrund ist gestern abend in der Bergheimer Straße zwischen die Elektrizität und einen Zug der Nebenbahn geraten. Beim Abpringen wurde das Mädchen von der Elektrizität angestoßen und unter die Räder der Nebenbahn geworfen. Mit schweren Verletzungen wurde das bedauernswerte Mädchen ins Krankenhaus verbracht.

Weierbach (N. Offenbach), 3. Juli. (Das Genie abgedrückt.) Gestern wollten der verheiratete Georg König und sein Bruder im Walde Wesseln holen. Als die beiden einen Bergabhang hinunterfahren, versagte die Hinterbremse. Georg König wollte die Vorderbremse andrehen und stift dabei so unglücklich an, daß er unter das Vorderrad kam und dieses ihm das Genie abdrückte. Er lebte noch einige Minuten.

Gengenbach, 3. Juli. (Feuer.) Gestern nachmittags gegen 5 Uhr brach in der Ziegelei Jemann Feuer aus, das das Haus

und den Ziegeleiofen in Mische legte. Das Feuer fand in dem dürren Dachgebälk reiche Nahrung.

Billingen, 3. Juli. (Unfall des Flugzeuges D 575.) Gestern abend kurz vor 7 Uhr verunglückte das Flugzeug D 575 auf der Jagt von Baden-Baden nach Konstanz bei der Landung auf dem hiesigen Flugplatz dadurch, daß es durch einen Windstoß außerhalb des Flugplatzes abgetrieben und gegen einen Baum geschleudert wurde. Dadurch wurde der rechte Flügel des Flugzeuges zertrümmert. Weiteren Schaden erlitt der Apparat nicht. Führer und Passagiere kamen ohne Verletzungen davon. Der Apparat wurde amoniert.

Donauschingen, 3. Juli. (Umlage.) Der Bürgerausschuß genehmigte den Vorschlag des Gemeinderats auf 50 Pfg. Umlage.

Bom Badenjee, 30. Juni. (Erhöhung der Dampfschiff-Fahrt.) Wie die „Deutsche Bodenseezeitung“ berichtet, hat die Reichsbahn-Gesellschaft die Absicht, im Anschluß an die 10 prozentige Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise nun auch die Fahrpreise für Dampfschiff-Fahrten auf dem Bodensee 10 Prozent heraufzusetzen. Gleichzeitig soll die Ermäßigung der Sonderkarten für Bodenseeanwohner von 50 auf 33 1/2 Prozent herabgesetzt werden.

Ganze Völker leben vom Mais und fühlen sich wohl und gesund dabei.

MAIZENA

ist das beste und edelste Maisprodukt. Keine Hausfrau möchte es in der Küche entbehren. Es leistet ihr unersehbare Dienste.

Wie reichhaltig sein Gebrauch ist, das lehrt unser Kochbüchlein. Deutsche Maizena Gesellschaft A.-G. HAMBURG 13.

11559

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 4. Juli 1925.

Das 60jährige Jubiläum des Karlsruher Lebensbedürfnisvereins.

Eine Befestigung der Betriebsanlagen in der Koonstraße.

Der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe kann in diesen Tagen auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken, das in einfacher Form durch eine Ausstellung der Erzeugnisse und Verkaufsprodukte begangen wird. Am gestrigen Vorabend der Eröffnung der Ausstellung hatten Direktion und Aufsichtsrat die Vertreter der Karlsruher Presse zu einer Besichtigung der Betriebsräume des Lebensbedürfnisvereins in der Koonstraße eingeladen. Im Direktionszimmer hieß zunächst Direktor Maucher die Erschienenen im Namen der Verwaltung des Lebensbedürfnisvereins herzlich willkommen. Er wies darauf hin, daß die jetzigen Betriebsräume in der Jägerstraße an die Stadt verkauft worden sind. Der Krieg habe auch dem Lebensbedürfnisverein sehr mitgespielt. Die Inflation habe das Unternehmen fast noch schwerer getroffen als der Krieg, aber nach der Inflation sei es erfreulicherweise mit dem Lebensbedürfnisverein wieder aufwärtsgegangen. Das Unternehmen habe sich in den letzten 1 1/2 Jahren gut erholt, daß es jetzt wieder in der alten guten Bahn weiter arbeiten könne.

In die Begrüßung schloß sich sodann ein Rundgang durch die Betriebsräume unter Führung der Herren der Direktion und der einzelnen Abteilungsleiter an. Zunächst wurden die großen Büroräumlichkeiten nebst Sitzungssaal des Aufsichtsrats besichtigt. Daran schloß sich ein Rundgang durch das 3stöckige im Jahre 1913 in Eisenbeton erbaute Magazinhäufchen mit seinen langen Hallen, seinen Abfüllräumen, seinen Spezialmagazinen für Wurstwaren, Tabak und Kaffeeröstereien. Besonders angenehm befrachten die weiten luftigen Räume, in denen eine vorbildliche Sauberkeit herrscht.

Die umfangreichen Kellereien des Lebensbedürfnisvereins fassen ca. 460 Lagerfässer im Eigehalt von ca. 660 000 Liter. Die im Betrieb vorgeführte Bierabfüllerei fand lebhaftes Interesse, besonders die absolut einwandfreie Flaschenreinigung mit starker Bearbeitung der gebrauchten Flaschen. Die Abfüllung selbst geschieht in hygienisch einwandfreier Weise.

Besonders großes Interesse fand die im Jahre 1907 errichtete Brotfabrik, die in vollem Betriebe beschäftigt werden konnte. Die Fabrik mit ihren 10 Doppelöfen, mit ihren Knet- und Wälzmaschinen mit auswechselbaren Trögen, ihren Teigteil-, Wirt- und Abwägemaschinen, ihren Mehlhebapparaten, Hörnchenwädel- und Konditoreimaschinen ist der umfangreichste derartige Betrieb in Baden. Es ist geradezu erstaunlich, in welcher rapiden Weise die Mechanisierung in den Fabrikbetrieben zunimmt. Täglich werden 8—10 000 Brote in der Bäckerei des Lebensbedürfnisvereins produziert und etwa 25 000 Brötchen angefertigt. Diese Zahlen beweisen deutlich die Zunahme des Betriebs in den letzten Jahren.

Mit einer Befestigung der Reparaturwerkstätte für Autos und der Autogarage schloß der Rundgang durch die Betriebsanlagen, der einen Einblick bot in die vorbildliche Führung der einzelnen Betriebsabteilungen und die enorme Arbeitsleistung, die von Angestellten und Arbeitern täglich in der Abfertigung der Waren an 35 Kassen bewältigt wird.

Bei einem kleinen Imbiß, der sich an den Rundgang angeschlossen, erbot der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Oberpostinspektor Manz den Erschienenen herzlichste Willkommengrüße und wies auf die Bedeutung des Konsumvereins hin. Im Namen der anwesenden Pressevertreter dankte Regierungsrat Weismann von der Presseabteilung des Ministeriums des Innern für die gebotene Gelegenheit, den Betrieb des großen Unternehmens zu besichtigen.

Zum 60jährigen Jubiläum des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe ist eine etwa 70 Seiten starke Festschrift erschienen, die in ausführlicher Weise die Geschichte des Lebensbedürfnisvereins wiedergibt. Die mit zahlreichen Bildern versehene Broschüre hat Herr Oberpostinspektor Manz, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, in sehr geschickter Weise verfaßt. Der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe ist, wie wir der Festschrift entnehmen, am 26. Mai 1865 mit etwa 200 Mitgliedern gegründet worden. Heute zählt der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe etwa 22 000 Mitglieder, das ist etwa die Hälfte der Karlsruher Familienhaushalte. Insgesamt beschäftigt der Betrieb 232 Personen. Davon sind in den 36 Verkaufsstellen allein 108 Angestellte tätig. Diese Zahlen beweisen am deutlichsten die enorme Entwicklung des Karlsruher Lebensbedürfnisvereins, der zu seinem 60jährigen Jubiläum sicherlich die Glückwünsche weitester Kreise der Karlsruher Bevölkerung entgegennehmen kann.

Ehrenvoller Ruf. Prof. Dr. Kögel von der Techn. Hochschule Karlsruhe wurde von der Internationalen Kommission d'Academie für Photodemie zur Abhaltung von zwei Vorträgen an der Sorbonne in Paris eingeladen. Als offiziell gleichberechtigte Sprache der Wissenschaften wird hiermit die deutsche Sprache wieder zum ersten Male an der Universität von Paris.

Mieter-Versammlung. Eine hier am Mittwoch abgehaltene Mieterversammlung besprach das Wohnungswesen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wandte man sich gegen die vom Haushaltungsausschuß des badischen Landtages getätigte Behandlung der Gebäudewohnungsfrage der badischen Regierung, nach der alle landwirtschaftlichen Gebäude und alle Wohngebäude auf dem Lande von der Sondersteuer befreit werden. Die Folgen einer Aufhebung des Wohnungsmangels wurden eingehend besprochen.

Die Jahreshauptversammlung des Altstadt-Bürgervereins, die am Donnerstag im Hotel National stattfand, befaßte sich mit einer ganzen Reihe von Fragen des öffentlichen Lebens. Lebhaft debattiert wurde, daß die Verhandlungen der Stadtverwaltung mit der Domänenverwaltung über die Entfernung des Bretterzauens an der Ertlingerstraße und die Durchführung der Kamalienstraße nicht so rasch vorwärts schreiten, wie es im Interesse des Verkehrs und der Stadt geboten wäre. Eine gemeinschaftliche Rundgebung der Bürgervereine würde wohl die Domänenverwaltung nicht im Zweifel lassen über die Stimmung der Bevölkerung über ihre bürokratische Haltung in dieser Frage. Mit Befriedigung wurde von allen Seiten der Umbau des Marktplatzes begrüßt und gleichzeitig dem einstimmigen Wunsch Ausdruck gegeben, daß der Markt auf den alten Bahnhofplatz verlegt wird, damit die durch die Verlegung des Bahnhofs schwer geschädigten Anwohner wieder einigermaßen entschädigt werden. Bemängelt wurde das Projekt insofern, als die stadtträchtige Vorlage keinen Wartesaal am Marktplatz vorsieht, der dem Publikum Schutz gegen Wind und Wetter bietet. Ferner wurde bedauert, daß der Eingabe des Vereins über die Errichtung weiterer Haltestellen der elektrischen Straßenbahn nicht Folge gegeben wurde. Auch das Landestheater bildete Gegenstand lebhafter Betrachtung. Da durch Kündigungen, Entlassungen und geplante Neueinstellungen große Beunruhigung über die Zukunft unseres Landestheaters entstanden ist, will sich der Altstadt-Bürgerverein im Benehmen mit den anderen Bürgervereinen demnächst unter Zuziehung von Sachverständigen eingehend mit der Theaterfrage befassen. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden, Herrn Gewerkschaftsleiter, war zu ersehen, daß der Altstadt-Bürgerverein im letzten Jahr außerordentlich rührig war, insbesondere in der Behandlung öffentlicher Angelegenheiten. Der Dank für die geleistete ersprießliche Arbeit kam zum Ausdruck durch die einstimmige Wahl des Gesamtvorstandes. Den Schluß

Der Umbau des Marktplatzes vor dem Bürgerauschuß.

Einstimmige Annahme der geplanten Gleisverlegung. — Die Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen angenommen. — Allgemeine Zustimmung zur Verlegung des Marktes an den alten Bahnhofplatz.

B. Karlsruhe, 3. Juli.

Es war eine verhältnismäßig kurze Sitzung des Bürgerauschusses am gestrigen Freitag nachmittag. Die Sprecher der verschiedenen Fraktionen, von denen einige so schwach vertreten waren, daß das Haus knapp beschlußfähig war, beschränkten sich in ihren Ausführungen auf das Maß der Kürze, die bekanntlich der Rede Würde sein soll. In der Hauptsache handelte es sich — die kleine Aenderung der Satzungen für Gewerbe- und Kaufmannsgericht war schnell und schmerzlos erledigt — um die Errichtung einer unterirdischen Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz. Von den Gegnern dieses Planes wurde darauf hingewiesen, daß eine solche Anstalt neben der bekannten Pyramide, dem Wahrzeichen der Stadt, nicht zum Vorteil gereichen könne. Es wäre sogar zu befürchten, daß durch eine Abortanlage auf dem Marktplatz nicht nur das Auge, sondern auch die Nase und das Ohr beleidigt werden könnte, eine Ansicht, die von Herrn Bürgermeister Schneider ganz energisch bekämpft wurde. Die Freunde der Stadtratsvorlage hoben den Mangel an Bedürfnisanstalten, auf den auch wir hingewiesen haben, in der Stadt Karlsruhe herab, ferner die ebenfalls nicht zu bestreitende Tatsache, daß gerade in einer Stadt mit starkem Fremdenverkehr Bedürfnisanstalten an Plätzen sein müßten, wo sie leicht zu finden sind. Schließlich ließen die Freunde dieser Bedürfnisanstalt, sodas mit dem Bau in nächster Zeit begonnen werden kann. Es ist nur zu wünschen, daß es bei diesem Bau schneller vorwärts geht als bei der Errichtung der unterirdischen Anstalt auf dem Werderplatz, der nun schon über ein halbes Jahr mit dem Bretterzau der Baustelle gesäumt ist.

In enger Verbindung mit der Vorlage stand die Verlegung des Marktes vom Marktplatz. Der Stadtrat hatte zwei Wege angedeutet. Entweder Ausdehnung des Marktbetriebes auf alle Tage der Woche auf dem Ludwigplatz, oder Verlegung des Marktes vor den alten Bahnhof. Die Mehrheit plädierte für das letztere. Hierbei wurde auch der Gedanke in die Debatte geworfen, den Markt auf dem Werderplatz auszuheben, da man erwarten könne, daß die Südbahner den Markt am alten Bahnhof besuchen. So ganz einfach dürfte aber diese Sache doch nicht sein, insbesondere so lange nicht, als der Weg von der Südstadt nach der Altstadt mit Brettern verriegelt ist. Auch hier heißt es: Defizit die Grenzen!

Sitzungsbericht.

Bei Eröffnung der Sitzung um 4 1/2 Uhr sind 60 Mitglieder anwesend. Das Haus ist also gerade beschlußfähig.

Der Oberbürgermeister rief auf:

Veränderung der Gemeindebefugnisse für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Hierzu sind einige Änderungsanträge eingelaufen, die sich in der Hauptsache um die Art der Einreichung der Vorlagelisten drehen. Man verlangt, daß mindestens 10 Wochen vor der Wahl eine Bekanntmachung erlassen wird zur Einreichung der Vorlagelisten. Es soll eine Vereinfachung des Wahlverfahrens erzielt werden.

Die Stadt. Faßbender (Zentr.) und Koch (Soz.) begründen die Änderungsanträge.

Oberbürgermeister Dr. Finter ist mit den Änderungsanträgen einverstanden; er bittet, die redaktionelle Gestaltung dem Stadtrat zu überlassen. Die Vorlage wird sodann einstimmig angenommen.

Rechnenschaftsbericht für das Jahr 1922.

Dieser wird vom Stadtrat Jacob erstattet. Da im Jahre 1922 durch die Inflation eine richtige Ueberprüfung über die Vermögenslage nicht zu erzielen war, hat man von dem Druck des Rechnungsbereiches abgesehen. Der Rechnungsbereich wurde getuschelt.

Umtausch und Verkauf von städtischem Gelände.

Bei diesen Vorlagen handelte es sich in der Hauptsache um Umtausch von Gelände zur Herstellung von Straßen.

Stadt. Stoll (Soz.) plädiert für eine bessere Herstellung der Wiesenstraße. Er weist auf den schlechten Zustand der Zäune am Gelände der alten Gartenbauvereins hin, die (wie der Bretterzau am Ertlingerplatz) ein Schandmal für die Stadt sei. Im Gelände der Eigenhandbaugeellschaft im Hardwald sollte man ebenfalls für Besserung der Straßen sorgen.

Die Vorlagen wurden einstimmig angenommen.

Der Umbau des Marktplatzes. Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Markt.

Von Seiten der Deutschen Volkspartei ist zu dieser Vorlage folgender Antrag eingegangen:

Die entstehenden Kosten für Straßen und Gehwege mit 171 000 Mark, für Gleisbauten mit 56 000 Mark, für die elektrischen Leitungen mit 22 500 Mark, für die Gas- und Wasserleitungen mit 7500 Mark, zusammen 257 000 Mark, sind aus den im Voranschlag für das Rechnungsjahr 1925 dafür vorgesehenen Wirtschaftsmitteln zu bestreiten; für Errichtung einer unterirdischen Bedürfnisanstalt mit 35 000 Mark sind diese Mittel aus dem im Voranschlag für das Rechnungsjahr 1925 dafür vorgesehenen Betrag zu bestreiten. Die Antragsteller können sich auch jetzt nicht entschließen, an dieser Bedürfnisanstalt, die sie an sich für notwendig erachten, an dieser

der Versammlung bildete ein instruktiver Vortrag des Herrn Architekten Willeit über den Stand der Aufwertungsfrage und die Zwangswirtschaft im Wohnwesen.

II) Ferienionderzüge. Infolge des Ferienbeginns in den norddeutschen Staaten ist Hochstut in der Reisezeit eingetreten. Die durchgehenden Züge sind alle gut besetzt; sie bringen aber auch fast regelmäßig die üblichen Verpfändungen, die vielfach von dem zahlreich mitgeführten Gepäckmaterial herrihren, dessen Verladen mitunter fast nicht zu bewältigen scheint. Seit Anfang des Monats kursieren auch die von den verschiedenen Direktionen vorgesehenen Ferienionderzüge aus allen Richtungen des Reichsgebietes. Fast täglich passiert einer oder mehrere solcher Züge den hiesigen Bahnhof. Der erste Ferienionderzug berührte am Mittwoch in der Frühe unsere Stadt; er kam von Hannover über Heidelberg und fuhr nach Basel bad. Bahnhof. Die Wagen lehrten abends als Leerzug nach Hannover zurück. Tags darauf folgte ein Sonderzug von Hamburg nach Basel, ebenfalls über Heidelberg. Am Freitag traf ein weiterer Zug von Hannover hier ein und fuhr nach kurzem Aufenthalt nach Basel weiter. Die folgenden Tage kommen Züge aus Berlin, Leipzig, Wiesbaden, Hamburg, Bielefeld, Magdeburg, Bremen, Hagen, Dortmund, Köln. Aber auch in umgekehrter Richtung verkehren eine Reihe Ferienionderzüge, meistens von Basel oder Konstanz nach Berlin, Frankfurt, Hamburg, Hannover, nach dem Rheinland, nach Dortmund ufm. Der erste Ferienionderzug von Basel nach Berlin (mit Anschluß von Konstanz) geht heute Samstag hier durch.

Vorarbeiten der Veranfaller.

— Gansstraßenbund. Es sei noch einmal auf das Sommerfest des Gansstraßenbunds am Sonntag, den 5. Juli, im Gemeindegarten der Stadt aufmerksam gemacht. Beginn des Kinderfestes 1/4 Uhr, des „Bunten Abends“ um 8 Uhr. (Siehe Inserat).

— Im Kolonnen-Garten findet Samstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, großes Erntefest mit Gartenbeleuchtung der gesamten Gartenvorplätze unter Leitung des Mülldirektors Jergans statt.

Stelle zu genehmigen, wollen aber die Umänderung des Marktplatzes mit einigen kleinen Abänderungen annehmen. Weib die Bedürfnisanstalt, wie in der Vorlage des Stadtrates vorgegeben, unter den anderen Kosten stehen, dann müßten die Antragsteller die ganze Vorlage ablehnen, was vermieden werden soll.

Bürgermeister Schneider begründet kurz die Vorlage, über die wir schon eingehend berichtet haben. Er weist darauf hin, daß die Verkehrsverhältnisse am Marktplatz so unhaltbar geworden sind, daß man im Interesse der Sicherheit um einen Umbau nicht mehr herumtrotte. Auch die Polizei verlange im Interesse der Verkehrssicherheit einen baldigen Umbau.

Im Auftrag des Stadtvorordnetenvorstandes ersucht Stadtmann Othmeyer die Vorlage des Stadtrates. Was die Verlegung des Marktes anbelange, sei der Stadtvorordnetenvorstand der Meinung, daß der Markt sobald als möglich nach dem alten Bahnhofplatz verlegt werde. Die Interessen weniger Geschäftsleute am Marktplatz könnten keine Rolle spielen, da man bei Verlegung des Bahnhofs auch keine Rücksicht genommen habe auf die dortigen Geschäftsleute.

Stadt. Deines (D. V.) spricht der Stadtverwaltung Dank aus für die gutausgearbeitete Vorlage über den Umbau des Marktplatzes. Ebenso Anerkennung verdiene die Stadtverwaltung für die ausgezeichnete Besichtigung der verkehrstechnischen Ausstellung in München, die bei den deutschen Vorkriegsgrößen Beachtung gefunden habe. Die Vorlage habe die Zustimmung seiner Fraktion gefunden bis auf die Errichtung einer Bedürfnisanstalt. Es sei zu wünschen, daß man von der Errichtung einer Abortanlage an der vorgegebenen Stelle absehe. Auch wenn die Anstalt unterirdisch angelegt werde, würden die Geländer den Ruhepunkt zwischen den Gleisen stören. Auch vom ästhetischen Standpunkt sei die Errichtung der Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz zu verwerfen. Besser wäre es, wenn man die Bedürfnisanstalten hinter der kleinen Kirche und am alten Bahnhof, der ja jetzt Marktplatz werden soll, ausbauen würde. Der Redner gibt noch einige Anregungen über die technische Gestaltung der Verkehrsinsel und der Halteplätze für die Automobile.

Stadt. Westensfelder (Komm.) wünscht die Errichtung der Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz im Interesse der Fremden. Ferner wünscht er die Verlegung des Marktes nach dem alten Bahnhof. Die Errichtung einer Markthalle wäre möglichst zu fördern.

Stadt. Dr. Ziegler (D. V.) fürchtet, daß durch die Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz das ruhige Stadtbild des Marktplatzes gestört würde. Außerdem sei es nicht richtig, das Wahrzeichen der Stadt, die Pyramide, mit einem Abort zu verbinden. Die Verlegung des Marktes an den alten Bahnhof könne er nur empfehlen.

Stadt. Braun (Dem.) empfiehlt die Vorlage des Stadtrates, einschließlich der Bedürfnisanstalt, zur Annahme. Durch die Bedürfnisanstalt am Marktplatz könne auch die wenig hygienische Anstalt hinter der kleinen Kirche verschwinden. Die Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Denkmal eines Fürsten sei nicht schlimmer als die Verbindung einer solchen Anstalt mit einer Kirche. Die Errichtung einer Markthalle für den Straßenverkehr am Marktplatz sei ebenfalls zu wünschen.

Stadt. Koch (Soz.) ist mit der Vorlage des Stadtrates einverstanden. Die Stadt solle die Errichtung einer Zentralmarkthalle im Auge behalten.

Stadt. Schwarz (Wirtsch. Ver.) stimmt der Vorlage zu. Er bittet, die Anregungen des Stadtmannes Deines zu beachten.

Stadt. Deines (D. V.) bittet noch einmal um genaue Prüfung der Gestaltung der Gehwege, die er viel zu breit halte im Gegensatz zu den Haltestellen der Autos, die zu klein seien.

Bürgermeister Dr. Schneider versucht die Bedenken gegen einzelne Punkte der Vorlage zu zerstreuen. Durch die Errichtung der Bedürfnisanstalt an der Pyramide könne man keine Verletzung der Pietät erlösen. Die Errichtung sei eben eine Notwendigkeit. Es werden durch die Anstalt weder Auge, noch Nase und Ohr beleidigt. Man soll nicht päpstlicher sein als der Papst. An der Stelle der Pyramide stand früher die Konfordintrike, unter dessen Altar der Gründer der Stadt beerdigt wurde. Als die Kirche abgetragen und die Pyramide errichtet wurde, habe man auch nichts von Verletzung der Pietät gehört. Das Bedürfnis erfordere eben einfach die Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz. Mit der gewünschten Errichtung einer Markthalle müßte man vorsichtig sein. Er, der Redner, habe das Empfinden, daß für Markthallen heute kein so großes Bedürfnis mehr vorhanden sei. Die großen Lebensmittelgeschäfte hätten die Zentralisierung der Lebensmittelversorgung so stark gelodert, daß man von der weiteren Entwicklung dieser Lebensmittelversorgung durch die Geschäfte erwarten könne, daß Zentralmarkthallen überflüssig werden.

Oberbaurat Bronner gibt noch einmal eingehend Auskunft über die technische Gestaltung der Gleisführung der Straßenbahn auf dem Marktplatz.

Dem Wünsche der deutschen Volkspartei entsprechend wird über die Vorlage des Stadtrates getrennt abgestimmt.

Der Umbau der Gleisanlagen wird einstimmig, die Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Der Oberbürgermeister schließt darauf um 1/6 Uhr die öffentliche Sitzung. Er teilt mit, daß die weitere Vorlage, der Verkauf von Gelände im Gebiete der Maschinenbaugeellschaft in gleicher Sitzung behandelt werden solle. Gegen die geheime Beratung wird von kommunistischer Seite Protest erhoben. Bei der Abstimmung bleiben aber die Kommunisten allein, sodas die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

Lindenblütenfest.

Die Bürgervereine der Stadt feiern am Samstag, den 11. Juli auf dem Gutenbergplatz wieder das seit einigen Jahren eingeführte Lindenblütenfest, ein Sommer- und Kinderefest, dessen Ertrag ausschließlich wohltätigen Zwecken zufließt. Die auch sonst in der Vertretung der Interessen der Stadt sehr rührige Lindenblütenfest-Bürgervereine hatte mit der Einhebung des Lindenblütenfestes eine glückliche Hand, denn dieses Fest ist nach seinem ganzen Wesen und bei der Aufnahme, die es in der Bevölkerung gefunden hat, auf dem besten Wege, ein Volksfest im wirklichen guten Sinne des Wortes zu werden. Das aber dürfte für die hiesige so junge Stadt, die eigentliche auf geschichtliche Vergangenheit zurückreichende lokale Volkshöhe nicht kennt, wohl als Bereicherung zu buchen sein. Gelächter vom hehnten Bürgerium eines Stadtteils, in dem die Einwohner durch engere Beziehungen untereinander verbunden sind, heißt das Fest in ganz anderer Weise als sonst, für die Kinder der ganzen Stadt offenbar veranlassende Feste, die Vorbedingung, um im Volkstum Wurzeln zu schlagen. So recht aus dem deutschen Gemüt heraus ist das Fest in Verbindung gebracht zur Natur, zur blühenden Erde, dem unsern Verfaßten heiligen Feiern, dessen Zweig auch in länderverwunden Tagen an Spiel und Tanz der Jugend und erwünschte Beratung der Alten ihr geheimnisvolles Lied rauchen, zur Natur in ihrer hohen Zeit, da sie in unsern Breiten allenthalben ihre Erfüllung entgegenreift. Wie herzerfreuend wenn die Klauen, einem idealen Ziele dienend, in farbenreichem Tone durch die Straßen ziehen und dann auf dem mit schönen Linden bestandenen Gutenbergplatz sich den Erwachsenen zur Lust und Freude ihre Liebeshell erklingen lassen und ihre frohen Spiele und Reigen vorführen. So darf man dem Fest von Herzen eine gesunde Entwicklung auf dem beschränkten Wege zu dem idealen Zwecke wünschen auch im materieller Hinsicht einen großen Erfolg wünschen. Wegen der Schwierigkeiten im einzelnen sei auf die in den nächsten Tagen erscheinenden Zeitungsanzeigen verwiesen.

Nosiama-Brot

4-5 dünne Scheiben im Tage regelmäßig die Verdauung und die Darmtätigkeit.

Gerichtszeitung.

— **Worheim, 3. Juli.** Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde dieser Tage gegen den Fabrikanten Karl Feuchter, den Kaufmann Friedrich Neuffer und den Scheideamtaltsherrn H. Hartmann wegen eines Münzvergehens verhandelt. Sie hatten nach gegenseitiger Verabredung in der Zeit von Anfang Januar 1925 bis zu ihrer am 25. März erfolgten Festnahme in Worheim mehrere Hundert deutsche Einmarkstücke hergestellt, um diese als deutsches Reichsgeld in Verkehr zu bringen. In den Verkehr kamen jedoch die Falschstücke nicht. Die Angeklagten waren geständig. Sie wurden wegen Falschmünzerei verurteilt, und zwar Feuchter zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren, Neuffer zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und Hartmann zu einer solchen von 1½ Jahren. Den Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt, und zwar Neuffer und Hartmann auf die Dauer von je 3 und Feuchter auf die Dauer von 5 Jahren; außerdem wurde bei Feuchter Stellung unter Polizeiaufsicht als zulässig erklärt. Auch wurde auf die Einziehung des nachgemachten Geldes und der zur Falschmünzerei dienenden Gegenstände erkannt.

— **Zweibrücken, 30. Juni.** Vor dem erweiterten Schöffengericht stand ein großer Prozeß aus der Bankwelt zur Verhandlung. Verhaftet vorgeführt wurde der Vorstand der Reichsbank-Nebenstelle, Bankrat Hermann Frank, und der frühere Profiteur der Kommerzbank Saarbrücken Philipp Peters. Der Hauptbeschuldigte Peters stand unter Anklage, in 16 Fällen Scheckfälschungen derart begangen zu haben, daß er auf den Schecks die Ausstellernamen fremder Firmen fälschte und die Fälschungen der Reichsbank-Nebenstelle Zweibrücken übergab. Es handelte sich dabei um erhebliche Summen in Franken, Pesos usw. Dem Frank war zur Last gelegt, daß er von den Fälschungen, wenigstens zum größten Teil Kenntnis hatte und von ihnen Gebrauch machte. Ferner vernichtete er eine Urkunde und beging eine Urkundenfälschung. Durch eine Revision Anfang März kam die Sache ans Tageslicht. Es wurde verurteilt Peters zu einem Jahr Gefängnis, Frank zu 6 Monaten Gefängnis

bei Anrechnung der Untersuchungshaft und Aufrechterhaltung des Haftbefehls.

Eine französische Justizkomödie.

— **Landau, 3. Juli.** (Drahtbericht.) Vor dem französischen Kriegsgericht in Landau kam gestern der bekannte Kanjshbacher Fall zur Verhandlung, der wegen der besonderen Umstände, — hervorgerufen durch die von der französischen Gendarmerie vorgenommenen Verhaftungen und den Tod des einen der Verhafteten, des Landwirts Peter Lang, der im französischen Gefängnis erhängt aufgefunden wurde — zu einer Interpellation im Bayerischen Landtag geführt hat und der wohl auch noch diplomatische Weiterungen haben wird. Sieben Einwohner standen unter Anklage.

Die Anklage gegen den 23 Jahre alten Landwirt Karl Morio, Sohn des Bürgermeisters Morio, lautete auf „Beschimpfung und undankbare Haltung“ gegenüber den französischen Gendarmen, auf Beleidigung der französischen Armee, sowie auf verbotenen Waffenbesitz. Die Beschimpfung wurde darin gesehen, daß Morio bei seiner Festnahme ein „wildes Gesicht“ gemacht habe, und die feindselige Haltung soll darin gelegen sein, daß er mit erhobenen gefesselten Händen den Gendarmen, als einer erwähnte, Morio habe bei der Reichswehr gedient, zurecht, die Reichswehr sei schöner als das französische Heer. Das wurde Morio als Beleidigung des französischen Heeres ausgelegt. Durch die Zeugenaussagen wurde festgestellt, daß der junge Morio von den französischen Gendarmen sofort geschlagen und gefesselt wurde, noch bevor der Revolver, den er vor den französischen Gendarmen in Siderheit bringen wollte, gefunden worden war. Obwohl sämtliche Anklagen mit Ausnahme des Waffenbesitzes durch die Beweisaufnahme widerlegt wurden, wurde Morio zu drei Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe verurteilt. Sein Vater erhielt „wegen beleidigender Haltung gegenüber den französischen Gendarmen“ 15 Tage Gefängnis und 100 M. Geldstrafe. Der Landwirt Schertman und der Krämer Kruse wurden ebenfalls wegen beleidigender Haltung zu je 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Der

Landwirt Breisch jun. erhielt wegen des Besitzes eines unbrauchbaren Militärkarabiners einen Monat Gefängnis und 200 M. Geldstrafe und sein Vater wegen Beleidigung 100 M. Geldstrafe. Die Mitangeklagte Agathe Doll, die Augenzeugin der Verhandlungen des jungen Morio war, wurde freigesprochen.

Aus den Nachbarländern.

— **Strasbourg i. Elz, 2. Juli.** Hier verstarb der elsässische Rennfahrer Michel Gruber an den Folgen eines tags zuvor erlittenen Radsturzes. — In Willing (Mosel) wollte die 21 Jahre alte Geliebte Gillet des verheirateten Jollners Grandjean diesen zu einem Giftmord an seiner Ehefrau drängen, um ihn selbst heiraten zu können. Als der Mann das ihm von seiner Geliebten geschickte Gift an sie zurückschickte mit der Weigerung der Tat, vergiftete sich die Gillet selbst. Als nach dem ersten Gifttrank der Arzt Gegengift verordnete, nahm sie nicht dieses, sondern noch zweimal das Gift, woran sie starb.

— **Hagenau i. E., 30. Juni.** (Ausgefressene geisteskranke Verbrecher.) Im November v. J. konnten sieben wegen Unzurechnungsfähigkeit in der Irrenanstalt Hoerdit untergebrachte Verbrecher aus der Anstalt entweichen. Man suchte sie zuerst lange vergeblich im benachbarten Hagenauer Forst. Allmählich sind nun sechs der Flüchtlinge wieder eingefangen worden. Den ersten fand man in Hoerdit selbst. Ein zweiter war bei Basel gekommen und wurde nach seiner Ausweisung aus der Schweiz in Mülhausen festgenommen. Ein dritter hatte sich unter falschem Namen zur Fremdenlegation anwerben lassen und war bereits nach Algerien transportiert worden. In Sidi bel Abbas wurde er erkannt und zurückgeliefert. Ein anderer wurde im Elz als Landstreicher aufgegriffen. Zwei sind ins Ausland entkommen, der eine nach Luxemburg, der andere ins Saargebiet, von dem letzten, einem polnischen Staatsangehörigen, fehlt auch heute noch jede Spur.

Saison-Ausverkauf

Sportblusen

darunter gute Wiener Formen in besten Waschstoffen

weit unter Preis

Serie I II III IV V
M 5.— 7.50 9.— 10.— 12.—

Gebrüder Ettliger

Colosseum - Garten

Samstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr

Großes Extra-Konzert

mit Gartenbeleuchtung

ausgeführt von der gesamten Feuerwehrkapelle unter persönlicher Leitung des Musikdirektors Jergang

Eintritt 50 Pfg.

Saison-Ausverkauf

1 Posten Satin-

Badeanzüge

moderne Formen u. beste Verarbeitung

weit unter Preis

M 6.— 7.— 8.— 9.75

Gebrüder Ettliger

Wiener Operette im städt. Konzerthaus

Heute Samstag, 4. Juli. Beginn 7½ Uhr.

Die gemütlich-komische Alt-Wien-Operette

Hanni geht tanzen

von Robert Bodanzky, Musik von Edmund Eysler.

Billetpreise von Mk. 1.40—5.10. Vorverkauf siehe Anschlagtafeln.

Sonntag und Montag die große Erfolgoperette

Das Weib im Purpur.

Hoepfnerbräukeller

Kaiserstrasse 14, Eingang Englerstrasse

Schenswert! Neu eröffnet!

Einziges Kellerwirtschaft am Platze!

Jeden Tag geöffnet!

Bierausschank vom Faß.

(Ausschank ff. Pilsner-Hoepfnerbiere)

Täglich von 7 Uhr ab KONZERT.

Samstag und Sonntag **DOPPEL-KONZERT.**

Empfehle auf Sonntag meine Hoepfnerbräukell er-Reklame-Platten, Sonntag morgen von 11 Uhr ab **Frühshoppen-Konzert.** Billige Frühstücksplatten, sowie von 5 Uhr ab: **ABEND-KONZERT.** Zugleich empfehle in den oberen Lokalitäten meinen zur bürgerlichen Mittag- und Abendessen, ff. hausgemachte Wurstwaren in großer Auswahl, sowie die bekannten Schachplatten. 13079

Es ladet herzlich ein

O. OSTERLIN.

Albert Sexauer

Sonntag, 10 Uhr, Schüßle, Ritterstr. 7

„Mensch u. Welt“

Park - Schlöble

Durlach

Ettlingerstr. 33, gegenüb. d. Schloßgarten

Samstags und Mittwochs

5 Uhr Tee mit Tanz

bis 7 Uhr,

Jeweils von 8 Uhr ab

Abend-Tanz

Jeden Sonntag

Künstler-Konzert

Jazz-Kapelle. 12941

Plannkuch

Für Reise und Touren

Wurstwaren

Große Posten frisch eingetroffen:

Salami und Cervelat

prima harte Ware

80 Pfg.

3.-

55 Pfg.

2 10

Wettwurst

Reinste Braundawelger

2530 Stck

50-80

Bierwurst

deutsche

60 Pfg.

Stakauer

43 Pfg.

Kauchfleisch

1 90

Schinkenpeck

Plannkuch

Badisches Landestheater

Samstag, 4. Juli 1925.

24. Gen. 5001-5003

Aus Erinnerung an den 100 Geburtstag von M. v. Moller

Neu einstudiert:

Das Stiefkind

Schwank in drei Akten von Gustav von Moller. In Szene gesetzt von Fritz Herz.

Personen:

Dr. Scheller, Damen Bertha, Sommerstrat, Wollschne, Gudmilla, Dr. Kleinrich, Bertola, Grimdöring, Schone, Kranz, Diener.

Sonntag, 5. Juli 1925.

Sehr vornehmliche dieser Spielzeit:

Wiegende Holländer

Romanische Oper in drei Akten von Richard Wagner

Musikalische Leitung: Alfred Böhm.

In Szene gesetzt von Hans Wirth.

Personen:

Daland, Dr. Wackerpennia, Freemann, Erichsmann, Grit, nach Moch, Lombrat, Steiermann, Kalmbach, Schlander, Wario.

Anfang 7 Uhr, Ende 9½ Uhr, Eintritt 1. 8.—

Steinway Schiedmayer

Pianofortefabrik

Jbach Dörner

Teilzahlung, Miete, Katalog kostenlos.

H. Maurer

Kaiserstraße 178

Eckhaus Hirschstraße.

Heimarbeit

für Schreibmaschine leb. Art wird angenommen.

Angebote u. Nr. 215676 an die Badische Presse.

Erstklassige Wiener Damen-Schneiderei

nimmt noch Stunden an. Angeb. mit Nr. 215642 an die Badische Presse.

Einige Damen können sich an einem

Handarbeits-Nachkurs

beteiligen. Adress. an erst mit Nr. 215227 an die Badische Presse.

C. L. 1331

Bitte Brief unter 1. Offizire abholen. 213341

Wo findet sich die beste Aufnahme in einem Wägeninneneben? Gef. Zuschrift. unter Nr. 215718 an die Badische Presse.

Palast-Lichtspiele

Herrenstraße 11 Karlsruhe Telefon 2502

Auf vielseitigen Wunsch bis einschl. Sonntag prolongiert:

Fridericus Rex

IV (letzter Teil)

Schicksalswende

Als Einlage:

Der Regimentstag der Bad. Leibgrenadiere

vom 27.—29. Juni

Empfang am Bahnhof

Der imposante Festzug

Die Denkmalsenhüllung

Jugendliche haben Zutritt!

„Zum Rheingold“

Wilh. Eberhard — Waldhornstr. 22.

Gut bürgerliches 6477

Speise-Restaurant

Anerkannt vorzügliche Weine

Export-Biere der Brauerei SCHREMP-PRINZ

Will das Brautpaar glücklich sein, Kaufs Möbel nur bei Freundlich ein

Kronenstr. 37/39 12918

Meiner werten Kundschaft

zur Kenntnisnahme, daß ich mein Geschäft Karlsruhe, Adlerstr. 11, aufgegeben habe. Auf beiden Wochenmärkten werde ich wie stets meine bekannten Wurstwaren weiterführen und bitte Sie, mir auch weiterhin Ihr Wohlwollen entgegenzubringen.

Joh. Chr. Sinn

2920a Metzgerei, Weingarten i. B.

Makale und Stoffbilder werden sauber angefertigt

Gartenstraße 56

Metler feiner 215851

Schriftmalerei

Piano

u. besonders günstigen Bedingungen die Ihnen den Kauf möglich machen

Lang

Kaiserstraße 167

Salzmanderschuhhaus.

Kühler Krug.

Sonntag, den 5. Juli 1925:

Großes Garten-Konzert

ausgeführt von der Feuerwehrkapelle Karlsruhe, Direktion Musikmeister E. Jergang. 18008

Eintritt frei. Anfang 5 Uhr.

Druckarbeiten

werden rasch und sauber angefertigt in der Druckerei der Bad. Presse.

„Wiener Hof“

Fasanenstraße 6, nächst d. Hochschule

Straßenbahnhaltestelle Waldhornstraße

12881

Heute Samstag und Sonntag

von abends 8 Uhr ab

Tanz-Abend!

Kapitalien

Suche Teilhaber

mit 3-5000 M. zwecks Gründung eines Lebens- u. Gesundheitsversicherungs-Prima-Kundenschaft-Vereins. Nur einjährliche Rente werden sich melden unter Nr. 215893 an die Badische Presse.

3000 Mk.

für Verkauf auf längere Zeit v. Selbsthaber gegen gute Bürgschaften gesucht. Angebote mit Nr. 215667 an die Badische Presse.

5000 Mark

ausfindig gegen Sicherheit zu vergeben. 1375

Ans. D. a. Angebote u. Nr. 215714 an die Badische Presse.

Schriftmalerei

Plannkuch

Um die Einfuhrzölle für Automobile.

Als die Beratung der kleinen Zollrevision im Reichstag begann, stand neben der Frage der Agrarzölle auch zur Erörterung, ob die Höhe der geplanten Automobilzölle berechtigt wäre. Der Kampf um diese Zölle ist in den letzten Tagen und Wochen von den beteiligten Kreisen mit äußerster Erbitterung geführt worden. Industrie und Händlerschaft behaupten, daß es um Sein oder Nichtsein für sie gehe. Auch in der breiten Öffentlichkeit verläuft man den Meinungsstreit der beiden Parteien mit großer Aufmerksamkeit, denn von seinem Ausgang wird auch sehr viel abhängen, ob und wann der schon so lange ersehnte billige Gebrauchswagen bald in Deutschland seinen Einzug halten wird.

Es wäre natürlich vollkommen verfehlt, wollte man ausländische Kraftwagen auf Kosten eines Teils der deutschen Industrie in überhöhter Menge einführen. Andererseits hat aber auch der Verbraucher ein sehr großes Interesse daran, so beliefert zu werden, wie er es wünscht und nicht wie ihm gewissermaßen vorgeschrieben wird. Die Automobilindustrie Deutschlands hat es seit Beendigung des Krieges nicht fertig gebracht, sich den veränderten Verhältnissen vollkommen anzupassen. Sie muß also eine Umstellung vornehmen, kann dies aber nur dann, wenn sie eine Atempause erhält. Diese Pause soll durch die Schutzzölle gesichert werden.

Die volkswirtschaftliche Theorie, daß die Konsumtionkraft eines Landes identisch mit seiner Produktionskraft ist, wird durch die gegenwärtig schlechten Zeiten unseres Wirtschaftslebens schlagend bewiesen. Früher war es doch so, daß die deutsche Industrie nicht nur infolge ihrer günstigen Arbeitsverhältnisse, sondern vor allem auch wegen ihrer rationellen Arbeitsweise fast jede Konkurrenz auf dem Weltmarkt schlagen konnte. Der Krieg, die Inflation mit ihrer unheilvollen Flucht in die Sachwerte und schließlich die Rentenmark, das Wanken der Stabilität, diese Epoche von 11 Jahren hat unser Produktionsapparat ohne Zweifel in seiner Entwicklung zurückwerfen lassen. Draußen in der Welt aber haben sich Industrierevolutionen vollzogen mit dem Ergebnis, daß dort trotz erheblich gesteigerten Aufwandes infolge der technischen Verbesserungen immer noch billiger als bei uns produziert werden kann. Die deutsche Industrie muß die Umstellung auf eine der Weltwirtschaft angepaßte Basis unter äußerst schwierigen Umständen jetzt erkämpfen, wenn sie lebensfähig bleiben will in dem Sinn, daß sie wie früher an erster und nicht wie jetzt mindestens an zweiter Stelle marschieren.

Um dies zu erreichen, kann selbst ein überzeugter Anhänger des Freihandels Verständnis dafür haben, daß während einer Uebergangszeit Schutzzölle für gewisse Industrien eingeführt werden, weil deren Bestehen anderenfalls gefährdet ist. Allerdings muß man dabei so verfahren, daß nur solche Gebiete berücksichtigt werden, die es wirklich verdienen. Nebenfalls sind wir aber der festen Ueberzeugung, daß unsere heimische Industrie alles tun wird, um den riesigen Vorkurs der Industrien anderer Länder nicht nur einzuholen, sondern zu überflügeln. Die Bestrebungen dazu sind unabweisbar im Gange, wie wir bereits am vorletzten Sonntag in unserer „Wirtschaftswoche“, wo die Rede von einem 20-prozentigen Abbau der Eisenindustrie zu Gunsten der Reorganisation der Betriebe war, mitteilen konnten. Auch die Automobilindustrie macht alle Anstrengungen, um in Wettbewerb mit dem Ausland treten zu können. Im Interesse der Förderung der deutschen Automobilindustrie können auch wir die vorgeschlagenen Schutzzölle mit der Einschränkung billigen, daß sie über die vorgesehene Zeit hinaus nicht bestehen bleiben und daß die Industrie den Wünschen der Verbraucherhaft auf Herstellung von billigen Gebrauchswagen nachkommt.

Nachstehend geben wir den Standpunkt der Industrie zur Schutzollfrage wieder:

Der Reichsverband der Automobilindustrie wendet sich gegen eine Reihe der vorstehenden Behauptungen, die der Automobilhändlerverband bezw. die in ihm vertretenen hauptsächlich an der Einfuhr ausländischer Kraftwagen interessierten Händlertreife im Kampfe gegen die Automobilzölle vorgebracht haben.

Der R.D.A. bezeichnet die Behauptung, daß die deutsche Automobilindustrie im Inlande billiger verkaufen könnte, da sie niedrigere Preise im Auslande nimmt, als geradezu absurd. Der Export, welcher früher 45 Prozent der Gesamtproduktion vor dem Krieg betrug, ist auf etwa 2-3 Prozent zusammengeschrumpft, gerade aus dem Grunde, weil durch die bekannten Umstände die deutsche Automobilindustrie zur Zeit noch nicht in der Lage ist, mit einer Reihe von Typen, insbesondere der leichten und mittleren Wagen im Preise mit dem Ausland zu konkurrieren. Die deutsche Automobilindustrie fordert ja gerade deshalb eine Schutzpolitik, um wieder in die Reihe der wichtigsten Exportindustrien Deutschlands eintreten zu können.

Es würde also nicht nur die deutsche Automobilindustrie als solche vollständig vernichtet werden, wenn ihr die Umstellungszeit durch die Verweigerung der Schutzzölle illusorisch gemacht wird, sondern auch berechtigterweise große Exporthoffnungen wären für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Währung durch die Vernichtung dieses wichtigen Industriezweiges ein für allemal endgültig erledigt.

Dem widerspricht nicht, daß wie auch auf der Amsterdamer Ausstellung, die Fabriken hin und wieder einige Wagen weit unter dem Selbstkostenpreis abgeben, um nicht die letzten Verbindungen mit ihren wohlhabenden ausländischen Vertretern wälzen zu verlieren. Das sind Verluste, die die Automobilindustrie bewusst auf sich nimmt, um nach der Umstellungszeit in großem Umfange mit dem Export wieder beginnen zu können.

Die weitere Behauptung der Automobilimporteure, daß die Belastung des amerikanischen Wagens bei den geforderten Zöllen etwa 140 Prozent beträgt, ist weit übertrieben. Für die mittleren Wagen beträgt der Anfangszoll nur etwa 60-70 Prozent, für die Preiswagen etwa 90 Prozent. Für schwerere Wagen beträgt die Belastung dagegen auch bei dem Satz von 250 A pro 100 Kg. nur etwa 40-45 Prozent. Frankreich erhebt heute einen Mindestzoll von 45 Prozent, Deutschland gegenüber sogar von 180 Prozent, Italien erhebt etwa bis zu 60 Prozent, die Tschecho-Slowakei 45 Prozent und England hat seine hohen Automobilzölle neuerdings wieder eingeführt und denkt an eine weitere Erhöhung über 33 1/2 Prozent hinaus.

Wenn schon der Automobilhändlerverband die technische Rückständigkeit der deutschen Automobilindustrie zur Freude des Auslandes „arbi ed orbi“ behauptet, so darf er nicht mit bewußt falschen Angaben operieren. Der Kürze halber nur eine Zahl. Der Händlerverband behauptet, daß Daimler zur Herstellung eines Wagens 1750 Arbeiter benötigt. Tatsächlich benötigt die Daimler-Motoren-Gesellschaft zur Herstellung ihrer schweren großen Wagen nur durchschnittlich 300 Arbeiter. Ebenso falsch sind die diesbezüglichen Angaben anderer Firmen.

Die Abnahmefähigkeit der deutschen Automobilhändlerchaft hat schon ganz außerordentlich nachgelassen. Vor etwa 14 Tagen wurde vielen Automobilfabriken ihre Tagesproduktion nicht mehr abgenommen bezw. es gingen keine neuen Aufträge ein, sodaß eine Reihe von deutschen Automobilfabriken gezwungen ist, immerhin erheblichen Vorrat ihrer Produktion von schwerer Motorwagen herabzusetzen, ob die deutsche Kaufkraft ihnen ihre Produktion abzunehmen vermag.

Wichtig ist auch die Berufung auf die Firma Opel, welche bekanntlich zurzeit die höchste Produktion hat, und welche nach Ansicht des Automobilhändlerverbandes diese Umstellung nur bewirkt hat, weil sie während der Deckung der Weltmarkte durch den riesigen Zufluß der ausländischen Wagen in das besetzte Gebiet dazu den erforderlichen Impuls erhalten hat. Gerade das Gegenteil ist auch hier der Fall. Während der gedachten Zeit

hat die Firma Opel mangels Absatz und infolge der trostlosen Ungewissheit über den Schutz unserer Westgrenze ihren Betrieb teilweise stillgelegt und ihre Produktion lange Zeit hindurch in ganz minimalen Grenzen gehalten.

Erst als die Westgrenze geschlossen wurde und gewisse Aussichten auf eine durch Schutzoll umfriedete Umstellungsfrist gegeben waren, hat sie sich entschlossen, ihre heutige große Produktion aufzuziehen.

Die Automobilimporteure tun das Interesse an der Erhaltung der Automobilindustrie mit einer Handbewegung dahin ab, daß sie sagen: Wie das Beispiel von den Vereinigten Staaten zeigt, sind neunmal so viel Menschen mit dem Betrieb, dem Betrieb und den der Automobilwirtschaft dienenden Hilsgewerben beschäftigt, wie in der eigentlichen Automobilindustrie selbst. Die Schließung der deutschen Automobilfabriken und die damit verbundenen Arbeiterentlassungen kämen also weniger für die Allgemeinheit in Betracht. Diese Aufmachung bedeutet tatsächlich ein ganz starkes Stück. Automobilindustrie und Hilsgewerbe, d. h. Zubehör- und Materialindustrie sind in Deutschland wie auch in anderen Staaten auf das enge miteinander verbunden. Das Schicksal des einen ist auch das Schicksal des anderen. Wenn die Automobilindustrie untergeht, sind auch ihre sämtlichen Hilsgewerbe erledigt und übrig bleiben würde lediglich, daß die Chauffeure, Garagenbesitzer usw. für die Produkte einer ausländischen Industrie im eigenen Lande ihre Arbeitskräfte hergeben würden, anstatt indirekt mit einer deutschen Automobilindustrie ein großes wirtschaftliches Ganzes zu bilden. Alle maßgebenden Verbände der Material- und Zubehöriindustrie haben dann auch erkannt, worum es sich handelt, einschließlich der Automobilindustrie und haben in diesem Daseinstampfe der Automobilindustrie ihre volle Zustimmung zu den von der Regierung als notwendig erkannten Schutzmaßnahmen erklärt.

Schließlich dürften auch große Kreise der Automobilhändlerchaft selbst eine schwere Enttäuschung erleben, wenn die großen amerikanischen Automobilkonzerne in Deutschland in dem Umfang Fuß fassen wie es die Anwohner ausländischer Kraftwagen wünschen. Die Anzeichen sind hierfür vorhanden. Dann wird die amerikanische Automobilindustrie ihre eigenen Absatzorganisationen schaffen und diejenigen Händler, welche heute immer noch an deutschen Marken gut verdienen, werden das bittere Nachsehen haben.

Zahlreiche Aufschriften aus anderen Wirtschaftskreisen sprechen sich daher auf das Schärfste gegen die Forderung eines verhältnismäßig doch unbedeutenden Kreises von Automobilimporteuren aus, eine große deutsche Industrie schuflos dem Untergang preiszugeben.

Das Ausland ist einschüchternder als die deutschen Importeure. Wichtige amerikanische und englische Pressestimmen haben durchaus gefühllos, daß Deutschland seine Automobilindustrie, die doch nur einmal in gewissem Sinne ebenso wie alle anderen Länder eine nationale Industrie ist, da sie eine wichtige Grundlage für den Gesamtverkehr eines Landes bildet, schützen will.

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Abendbörse war durch neue Nachrichten wiederum unruhig beeinflusst. Bei einer deutlicher Geschäftstätigkeit lebten sich die Rückgänge in bescheidenem Ausmaße fort. Interesse behauptete sich kein Gebiet, mit Ausnahme von Wandbrieten, die im Zusammenhang mit den Aussichten der Aufwertung etwas lebhafter umsetzt wurden und feste Tendenz zeigten. Dagegen verkehrten deutsche Anleihen fast ohne Umsatz. Kriegsanleihen stiegen im freien Verkehr unverändert zu 0,4025 A. Einmal wenige Notizen, so: Badische Anleihe, A.G. und der Bankaktienmarkt hatten gehaltenen Kurs. Die Börse schloß die Woche in Unklarheit und zu weiterer Nachdenklichkeit. Man hörte: Schachnebel 5700, Kommerzbank 98, Darmstädter 120, Deutsche Bank 119,50, Diskonto 108, Dresdener 102,25, Mitteldeutsche Kredit 67, Rhein. Kreditbank 90, Deutscher Kreditgesellschaft 7,77, Wankelbier 62,25, Rhein. 90, Rhein. 72, Kall. Wackerleben 14,87, Kall. Wehrle 126, Badische Anleihe 122, Chemische Industrie 118,37, Elberfelder Farben 114,62, Theodor Goldschmidt 85,62, Süddorfer 115, Nordb. 120,25, Solmann 62, A.G. 94,75, Diederhoff 42, Rhein. Metall 94,37, Schwere 70,50, Bad. Zucker 67,50, Zucker Heilbronn 67,50.

Mannheimer Börse.

Mannheim, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) An der heutigen Börse notierten: Badische Anleihe 122, Westereisen 125, Frankonia Mt. und Rückversicherung 55, Badische Anleihe 115, Emalle Ulrich Mattammer 54, Karlsruhe Maschinen 47, Neudorfmer Fahrzeugwerke 81, Rhein. Elektra 74, Zellstoff Badhof 94, Zuckerfabrik Frankenthal 83, Zuckerfabrik Wagnbühl 68 1/2. Tendenz: abgeschwächt.

Drahtmeldungen.

Mannheim, 3. Juli. Wie wir erfahren, finden in diesen Tagen Verkaufsgesprächen für die zur Stinnes-Eisen A.G. gehörige Aktiengesellschaft Weh u. Reinhard in Mannheim statt. Als Käufer dürfte unter Umständen die Firma Sch. Aug. Schulte in Dortmund in Frage kommen.

Frankfurt, 3. Juli.

Die ordentliche Generalversammlung der Adler Margarinwerke A.G. in Frankfurt am Main, in der das gesamte A.R. vertreten war, genehmigte einstimmig den Abschluß für 1924, der nach Abzug von Abschreibungen einen Verlust von 127.391 Reichsmark aufweist. Der Verlust soll durch die gefällige Rücklage mit 45.000 Reichsmark gedeckt werden und mit 82.391 Reichsmark auf neue Rechnung vorgetragen werden. Durch den äußerst scharfen Konkurrenzkampf mit den holländischen Werken, sind auch im laufenden Jahre weitere Verluste entstanden, die ein Drittel des A.R. übersteigen. Die Verwaltung beschloß daher, den Betrieb vorläufig stillzulegen.

Berlin, 3. Juli.

Wie wir zu den verschiedenen Pressmeldungen erfahren, hat der Farmer Bankverein seine Beteiligung an der Diskont- und Effektenbank nunmehr abgelehnt. Die neue Gruppe, die das Aktienpaket übernommen hat, will die Firma in „Amsterdamer Diskontobank“ abändern.

Die heutige o. G.B. der Berliner Wäschefabrik A.G. vormalig Gebr. Hücker in Berlin genehmigte die Verteilung von 7 Prozent Dividende. Aus dem A.R. schießen aus: Fabrikbesitzer Breitenfels und Fabrikdirektor Siegfried Kroch. Neu in den A.R. wurden gewählt: Herr Rosenthal von der Wäschefabrik Rosenthal. Die heutige Generalversammlung der Richard Wolf A.G. in Magdeburg-Buckau genehmigte den Abschluß für das Geschäftsjahr 1924 und entlastete die Verwaltung. Der Ueberschuß von 18.802 RM. wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Gesellschaft beschloß ferner die Motoren A.G. in Magdeburg in den Volkstongern aufzunehmen. Die Verwaltung teilte mit, daß die Ende des Geschäftsjahres einsetzende Belegung auch im neuen Jahr anhalte. Immerhin sei die Lage noch so ungeklärt, daß bestimmte Voraussagen nicht gemacht werden könnten.

Die G.B. der S. B. Stemann u. Co. A.G. in Hamburg beschloß die Verteilung von 5 Prozent Dividende. 10.232 RM. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die vorgesehene Aufnahme eines neuen Geschäftszweiges ist wegen der ungünstigen Wirtschaftslage noch nicht erfolgt.

Die G.B. der Kamejoh u. Schmidt A.G. in Delde genehmigte den Abschluß, der aus einem Reingewinn von 200.907 RM. dem Reservefonds 20.000 RM. zuführt. 8 Proz. Dividende werden verteilt, und 2907 RM. auf neue Rechnung vorgetragen.

In der A.R.-Sitzung der Rheinischen A.G. für Braunlohlen, Bergbau und Beikettfabrikation in Köln wurde beschlossen, der am 30. Juli stattfindenden o. G.B. vorzuschlagen, eine Dividende von 9 Prozent zu verteilen.

In der vor kurzem abgeschlossenen Direktionsführung bei der Firma Thyssen ist beschlossen worden, weitere 30 Prozent der Beamten abzubauen. Die Entlassungen erstrecken sich von Direktionsmitgliedern bis zum untersten Beamten. Ferner wurde beschlossen, die Hochofenanlage VII, die in dieser Woche in Betrieb genommen werden sollte, nicht anzuschließen. Verschiedene Sachverhalte sind bereits außer Betrieb, mehrere Stillstände wurden aufgelöst, bzw. zusammengelegt. Wie wir von Thyssen'scher Verwaltungsseite erfahren, entsprechen die Meldungen über Stilllegungen, sowie Arbeiter- und Anstelleneinstellungen nicht den Tatsachen. Zwecks Zentralisierung ist

lediglich die sogenannte Kupfahütte Mülheim-Ruhr stillgelegt, da deren Erzeugnisse von den Walzwerken Hamborn fertiggestellt werden. Zur Entlassung kommen durch diese Maßnahme nur 150 Arbeiter und 8 Angestellte.

Zu den Zeitungsberichten über Baroper Walzwerk — Stinnes Eisen erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß die Firma Stinnes Eijen bereits Monate vor Abschluß des Gemeinschaftsvertrages etwa 2,5 Millionen RM. an dieses Werk gegeben habe. Auf Grund dieser Kredite, die das Werk damals nicht ablehnen konnte, wurde der Uebernahmevertrag beschloßen.

Die eigentlichen Verhandlungen über die Bildung eines Großblechverbandes sollen, trotzdem man noch mit erheblichen Schwierigkeiten rechnet, in etwa 14 Tagen ausgenommen werden.

Neuerdings sind bei den Bukowitzer Eisenwerken in Bukowitz große Abschlässe auf Maschinenlieferung nach dem Auslande getätigt worden. Es handelt sich um Lieferungen im Werte von 10 Millionen Kronen.

Der Vorstand des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat beschloßen, den 6. Allgemeinen deutschen Bankertag auf den 14. bis 16. September 1925 nach Berlin einzuberufen.

Am 4. Juli wird eine Besprechung zwischen den Vertretern der Reichs- und Länderregierungen und der bayerischen Industrie in Nürnberg über die Wiedereinführung der Binnenumschlagstarife stattfinden. Die Anregung zu dieser Sitzung ist von bayerischen Wirtschaftsführern, die dem Ergebnis der Tagung mit großem Interesse entgegensehen, ausgegangen.

Für das gesamte Aktienkapital der Allianz Versicherungs A.G. in Berlin wird demnächst die Zulassung zur Frankfurter Börse beantragt werden.

Die Tochterfirma der Gebrüder Stollwerk A.G. in Köln in Wien, sowie die angeschlossenen Gesellschaften in Preßburg und Kronstadt erzielen für das abgelaufene Jahr befriedigende Abschlässe. Im neuen Jahre ist die Beschäftigung ansteigend.

New York, 3. Juli.

Speyer u. Co. teilen nunmehr offiziell mit, daß die Auslegung der Berliner Stadtanleihe erfolgreich gewesen ist. Eine große Anzahl Zeichnungen sind aus allen Teilen Amerikas, Canadas und teilweise sogar aus Europa eingelaufen. Eine Erklärung darüber, daß die Zeichnung bereits geschlossen ist, liegt bisher nicht vor.

Banken und Geldwesen.

Nichtstände im Verkehr mit Wechseln. Derzeit kursieren viele Wechsel, die nicht mit den vorgeschriebenen Stempelmarken versehen sind. Gelegentlich sind die Akzeptanten verpflichtet, solche vor der Akzeptierung mit den Stempelmarken zu versehen, weil sie sonst das 50fache des Wertes der unterlassenen Stempelung als Strafe bezahlen müssen. Diese Mißbräuche bestanden vor dem Kriege nicht, wenigstens nicht so offensichtlich. Die Unterlassung kann nicht auf Unkenntnis beruhen, weil der freigelegene Raum zum Aufkleben der Marken wohlweislich reserviert bleibt. In Oesterreich dürfen nur bereits vorher mit Gelddruck abgestempelte Formulare durch die Steuerbehörden beziehbar für den Wechselverkehr benutzt werden.

Der Londoner Goldpreis. Der Londoner Goldpreis beträgt für eine Unze Feingold 84 sh 11 d, für ein Gramm Feingold demnach 32,7616 Pence.

Auf der D.S.-Ausstellung in Stuttgart war erfreulicherweise auch die badische Landwirtschaft stark vertreten, und mit besonderer Freude hat es wohl jeden badischen Landwirt erfüllt, daß die badische Landwirtschaft proportional die meisten Preise davongetragen hat. In der Abteilung 1 (Tiere) fiel eine ganze Reihe Preise auf badische Viehhändler. Ein gleiches Ergebnis kann für die Abteilung 2 (Landw. Erzeugnisse) festgestellt werden. Die Saatgutausstellung der Badischen Landwirtschaftskammer in Rastatt konnte die große silberne Preismitzge davontragen.

Auch in anderen Ausstellungsguppen, in denen kein Preisverloß stattfand, war Baden vertreten. In der Traubenwein- und Obst-Abteilung wurden während der ganzen Dauer der Ausstellung wie auch für die sachmännlichen Weinproben, die an drei Nachmittagen stattfanden, badische Weine dargeboten. Das badische Weinbaugebiet war vertreten mit 20 Weinorten, und zwar mit 4 vom Bodensee, mit 5 Markgräber, 6 Kaiserstuhl und 3 Ortenauer und mittelbadischen Weinen; unter den 20 Weinorten befanden sich 18 Weißweine und 2 Rotweine.

In der Tabak-Abteilung hatte die Abteilung Baden des Deutschen Tabakbauverbandes neben der sich gut präsentierenden Tabakausstellung auch eine Tabakothek eingewidmet. Es wurden dort für die Ausstellung besonders hergestellte Zigarettenproben vorgelegt. Der Zweck war, zu zeigen, daß man auch mit Hilfe badischer Tabake eine gute Zigarette herstellen kann, wenn man die Mischung richtig trifft. Der schlagenste Beweis dafür, daß dies gelungen ist, ist die Tatsache, daß die Proben schon an dem dritten Tage verkauft waren.

Postverkehr im Juni. Die Zahl der Postcheckkunden betrug Ende Juni 41.608, im Mai 41.464. Wüthgen ist ein Zugang im Juni von 144 zu verzeichnen. Auf den Konten sind im Juni ausgeführt 1.013.645 Lastschriften über 194.459.477 M., 728.728 Gutschriften über 193.414.629 Mark. Umsatz 1.740.373 Buchungen über 357.874.106 RM. Davon sind bargeldlos beglichen 314.935.872 RM. Das durchschnittliche Guthaben betrug 24.605.537 RM.

„Wertlose“ Drucksachen aus dem Weltpostverkehr. Die wertlosen Drucksachen, die die deutsche Post neuerdings in ihre Vorschriften aufgenommen hat, erscheint jetzt auch im neuen Weltpostvertrag. Wertlose Drucksachen, heißt es dort, werden nicht zurückgefordert, sofern der Absender nicht durch einen Vermerk auf der Rückseite die Rückforderung verlangt hat. Es wird sich empfehlen, diese Bestimmungen auch vom 1. Oktober an im Verkehr mit dem Ausland zu beachten. Ebenso wie im Inlande steht es auch hier vollständig im Ermessen der Postämter, zu entscheiden, was wertlos ist. Die Absender werden meist nicht mit der amtlichen Meinung einverstanden sein. Für sie gibt es keine wertlosen Drucksachen. Sie hat Aufwendungen an Mühe und Geld verursacht und soll auch einen gewissen Nutzen bringen. Dann werden häufig die Sendungen immer wieder an denselben Empfänger geschickt, den sie niemals erreichen ohne daß der Absender etwas davon erfährt.

Das Harriman-Angebot an die deutschen Manganerz-Interessenten. Gegenwärtig finden in London Verhandlungen Harrimans mit den Vorbesitzern von kanadischen Manganerzwerken über eine Entschädigung für den Ausfall ihrer durch den Konzessionsvertrag verletzten Rechte statt. Wie die „Abendliche Welt, Sta.“ hört, bewegen sich die Vorschläge Harrimans dahin, daß die Vorbesitzer mit einer ihren Vorkontrahanten und ihren Förderern entsprechenden Quote gleichsam an einem Syndikat zusammengefaßt werden sollen, und eine Abgabe je Tonne in der Höhe der ermittelten Quote erhalten. Die Förderung selbst soll bekanntlich von einer neu zu gründenden amerikanischen Gesellschaft, die mit einem Kapital von 4 Millionen Dollar ausgestattet ist, betrieben werden, jedoch eigene Förderung und eigener Erwerb der Vorbesitzer nicht in Frage kommt. Die Tonnenabgabe ist in einer Höhe von 1-2 Dollar vorgesehen. Außer dieser Tonnenabgabe an die Vorbesitzer hat Harriman eine Gesamtbeteiligung der Vorbesitzer in Höhe von 25 Prozent Reingewinn der zu gründenden amerikanischen Gesellschaft vorgeschlagen. Die Gesamtbeteiligung von 25 Prozent des Reingewinns soll dann ebenfalls unter die Vorbesitzer, entsprechend ihrer Quote, aufgeteilt werden. Eine Kapitalbeteiligung der Vorbesitzer an der zu gründenden amerikanischen Gesellschaft ist einzuweisen nicht vorgesehen, wohl dagegen eine Beteiligung deutscher, englischer und holländischer Interessenten. Ueber das Ausmaß der nichtamerikanischen Beteiligung an der zu gründenden Gesellschaft sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Auf jeden Fall hat Harriman die Absicht, mindestens 51 Prozent der Kapitalbeteiligung fest in der Hand zu behalten. Wie verlautet, hat er den deutschen Interessenten eine Kapitalbeteiligung in Höhe von 25 Prozent vorgeschlagen, den englischen eine solche von 12-18 Prozent und den Rest einer holländischen Gruppe. Anschließt ist den belgischen und französischen Interessenten eine Kapitalbeteiligung an der zu gründenden amerikanischen Gesellschaft nicht vorgeschlagen worden. Zu den Vorbesitzern, denen die erwählte Entschädigung in Form einer Tonnenabgabe und einer Gewinnbeteiligung vorgeschlagen wird, gehören nicht nur die ausländischen, sondern auch die georgischen Vorbesitzer.

